

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II. Havlíčkovo nám. 22. Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16,- Kč, Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. vierteljährlich 48,- Kč, halbjährlich 96,- Kč, ganzjährig 192,- Kč. Für Deutschösterreich monatlich 120,- SK, für Deutschland 16,- Mk. Postparafasconto 57644. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Regierungskrise in Österreich

Wien, 28. September. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Die Krise der Regierung Schöber scheint aktuell werden zu wollen. Jedenfalls wird der Finanzminister Dr. Grimm zurücktreten, wenn auch gestern noch die Krise offiziell dementiert wurde. Im Finanzausschuss erstattete Dr. Grimm heute über den Stand der Kreditaktion Bericht und teilte mit, daß auf die zeitweiligen Vorschüsse ein Betrag von 200 Millionen für notwendig gehalten wird, während die Verhandlungen noch nicht beendet sind und wir den ganzen Betrag von mindestens zwei Millionen Pfund für notwendig halten, wird der Finanzminister wahrscheinlich in den nächsten Tagen wieder in London und in Genf vorstellig werden. Die Kreditaktion selbst ist ausschließlich abhängig von der Aufhebung des Pfandrechts durch Amerika.

Bei der Beratung des Gesetzes über die Ränderbank und die Anglobant führte Bundeskanzler Dr. Schöber aus, die Annahme der beiden Gesetze sei deshalb notwendig, weil aus der Ablehnung sich schwere politische Konsequenzen ergeben würden, da der französische Gesandte erklärt habe, die Ablehnung würde die nachteiligsten Wirkungen für die Kreditaktion des Völkerbundes zur Folge haben. Der Bundeskanzler verlangte also, daß beide Gesetze noch vor dem 7. Oktober angenommen werden und stellte ziemlich unerbötlich in Aussicht, daß, wenn die Gesetze nicht angenommen würden, die Regierung sich gezwungen sehen würde, zu demissionieren. Der Ausschuss vertagte sich auf morgen, weil morgen die Großdeutschen ihre Entscheidung treffen werden. Wenn die Großdeutschen sich für die Annahme dieser beiden Gesetze erklären würden, würde wohl eine Demission der Gesamtregierung verhindert werden, aber der Finanzminister, dessen Stellung schon durch den schlechten Stand der Kreditaktion erschüttert ist, würde jedenfalls gehen.

Bandenumtriebe in Westungarn.

Wien, 28. September. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Heute um 9 Uhr vormittags wurde in einigen Örsfern Westungarns ausgebrochen, daß in den nächsten Stunden Militär einrücken werde, für welches Quartiere bereitgestellt werden müssen. Es kommen immer mehr Nachrichten, daß ungarische Banditen vorhaben, das Kohlenbergwerk Keszthely anzugreifen und zu besetzen, da in der Nähe sich bereits ungarisches Militär und Banden versammelt.

Budapest, 28. September. (WAB.) Aus Oedenburg wird gemeldet: Heute nachts ist es zwischen Csakartóbanja und Parndorf zu einem Feuerkampf zwischen Reichswehrtruppen und Aufständischen gekommen. Einzelheiten stehen noch aus.

Die österreichische Regierung bereit, Oedenburg abzutreten?

Eine Neutermeldung.
London, 28. September. Reuter zufolge besteht Grund zu der Annahme, daß die österreichische Regierung vollkommen bereit sein würde, ihren Streit mit der ungarischen Regierung über das Burgenland, auf der Grundlage der Ueberlassung Oedenburgs an Ungarn beizulegen. Die verschiedenen Regierungen der Kleinen Entente haben den Alliierten mitgeteilt, daß sie bereit sind, bei allen Zwangsmassnahmen, die von den Alliierten gegenüber Ungarn beschlossen werden sollten, mitzuwirken. — (Unser österreichischer Genosse steht nach wie vor auf dem Standpunkt: Erst das Burgenland räumen und dann nach dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes Volksabstimmung.)

Ein Wort an Masaryk.

Sie haben, Herr Präsident, vor einigen Tagen in Preßburg in der Antwort auf eine an Sie gerichtete Beschwerde versichert, daß Sie dahin wirken wollen, daß Gerechtigkeit und Menschlichkeit zur Richtschnur des Handelns der Behörden werde. In Ihren Worten liegt die Bestätigung, daß auch Sie die Notwendigkeit erkannten, daß der Schutz des Rechtes ein stärkerer werde und daß mehr als bisher die Menschlichkeit das Wirken der Staatsgewalt bestimme. Wenn Sie, Herr Präsident, Ihr Versprechen erfüllen wollen — und wir zweifeln nicht daran, daß es Ihnen damit voller Ernst ist — dann, so glauben wir, dürfen Sie nicht ermangeln, eine Tat zu setzen, welche dazu beitragen würde, hunderten Menschen weiteres Leid zu ersparen, bei Tausenden die Verbitterung und das Gefühl des schwer erschütterten Rechtsbewußtseins zu bannen, ganz abgesehen davon, daß auch Klugheit und politische Einsicht in gleichem Maße diese Tat notwendig erscheinen lassen. Es handelt sich um die endliche Beseitigung der Folgen der Urteilsprüche, die nach den Dezemberereignissen von den eigens dazu bestellten Ausnahmengerichten über hunderte von Menschen gefällt wurden, von denen viele noch heute die Kerker füllen. Wohl können Sie, Herr Präsident, in diesem Falle die urteilssprechenden Richter nicht mehr, um mit Ihren Worten zu sprechen, zu Gerechtigkeit und Menschlichkeit zurückzuführen, denn diese Richter haben bis zu den letzten Instanzen hinaus ihr Urteil gefällt, doch es gilt, die bei der Rechtsprechung ihren ordentlichen Richtern entzogenen Menschen von den Härten und Grausamkeiten der Straffolgen zu befreien, die Urteile außer Kraft zu setzen, deren Furchtbarkeit vielfach seinerzeit allen nicht voreingenommenen und gerecht denkenden Menschen das Blut in den Adern erstarren ließ und es gilt, die Verurteilten, die wahrlich alles eher als gemeine Verbrecher sind, ihrer Arbeit und ihren Familien zurückzugeben.

Was wir, Herr Präsident, von Ihnen erwarten, ist nicht Gnade, sondern die Bestätigung der Einsicht, daß es bei diesen Urteilen nicht länger bleiben kann, die schon dadurch nicht als gerecht angesehen werden können, als sie nicht von den zuständigen Richtern, von Richtern aus dem Volke, geschöpft wurden, sondern von Ausnahmssenaten, deren Einsetzung allein schon dem Rechtsgefühl der weitesten Volksschichten widersteht. Und erst die Urteile, ihre Schärfe und ihre Begründung! Erst jüngst hat die Verhandlung beim Obersten Gerichtshofe über die Berufung mehrerer wegen der Oslawaner Vorkommnisse Verurteilter die schmerzhafteste Erinnerung sowohl an die Grausamkeit der gefällten Strafen, wie an die bedenkliche Art des Beweisverfahrens wachgerufen. Die Angeklagten Totaba und Genossen wurden vom damaligen Ausnahmssenat wegen des Verbrechens des Aufstandes angeklagt und zu Kerkerstrafen von sechs bis zehn Jahren verurteilt, obwohl das Gesetz als Voraussetzung der Erfüllung des Tatbestandes ausdrücklich davon spricht, daß sich dieses Verbrechens nur jene schuldig machen, welche sich zusammenrotten, um der Obrigkeit mit Gewalt Widerstand zu leisten. Nun war kein einziger der Verurteilten, über deren Berufung jetzt verhandelt wurde, zur Zeit der Ereignisse in Oslawa anwesend, sondern sie weilten in Brünn, konnten also nicht in Oslawa „der Obrigkeit mit Gewalt Widerstand leisten“. Was den Angeklagten nachgewiesen werden konnte, war, daß sie Reden gehalten haben, mit denen man die Oslawaner Vorkommnisse in Zusammenhang bringt, aber durch Reden, auch wenn sie noch so aufreizend sind, kann man im Sinne des Strafgesetzes wohl mehrfache Gesetzesverletzungen begehen, keinesfalls aber das Verbrechen des Aufstandes, besonders wenn die Redner viele Stunden weit vom

Orte der Tat entfernt sind. Der Oberste Gerichtshof ist dennoch und wie wir überzeugt sind, entgegen der klaren Fassung des Gesetzes, dazu gelangt, das Urteil in der Frage der Schuld zu bestätigen und was das Aufregendste und Unfaßbarste ist: das Oberste Gericht hat trotz des mehr als fraglich erwiesenen Tatbestandes das Urteil in Bezug auf den ersten Gericht gefällten furchtbaren Urteile in vollem Umfange bestätigt! Herr Präsident, es hat keinen gerecht denkenden Menschen gegeben, den die oberstgerichtliche Bestätigung des Fehlurteiles nicht erschüttert und mit tiefer Hoffnungslosigkeit über die Einsicht dieser Richter erfüllt hätte!

Die Richter sollen, Herr Präsident, so ist ihnen geboten, nach dem Buchstaben des Gesetzes urteilen. Das haben sie nicht getan und sie haben auch nicht, was Volksrichter wohl getan hätten, bei der Urteilsfällung — wobei wir auch alle übrigen Verurteilungen im Auge haben, — die Zeitumstände berücksichtigt, unter denen die inkriminierte Tat begangen wurde. Die Richter haben nicht berücksichtigt, daß die Angeklagten eine menschlich mildere Beurteilung verdienen, weil sie sich der Tat in gährender Zeit, da manche ehedem starre Begriffe eine Verschlebung und Erschütterung erfahren hatten, schuldig machten und sie haben nicht in Betracht gezogen, daß ihr hartes Urteil schmerzhaft bestützend wirken mußte in einer Zeit, da so manches Unrecht und manche Gewalt, die in den letzten Jahren an Angehörigen und Einrichtungen einzelner Nationen begangen wurde, so gut wie ungesühnt geblieben ist. Und schließlich haben die Richter — wir wissen: sie dürfen es nicht tun — nicht an die politischen Folgen ihrer mehr als strengen Urteilsprüche gedacht, nicht daran, daß es nicht einer einsichtigen Staatsraison entsprechen kann, politische Märtyrer einer Partei zu schaffen, deren Wachstum nicht den Wünschen der Staatslenker entspricht.

Es ist eine offenkundige Tatsache, daß es gerade diese harten Urteile waren, welche weite Teile der Arbeiterschaft, vor allem der tschechischen, der kommunistischen Partei zuführten. Ihre tiefe Kenntnis der Geschichte, Herr Präsident, lehrt Sie, daß Verfolgungen auf die Dauer das alleruntauglichste Mittel darstellen, eine Bewegung zu bekämpfen und wir rennen gewiß bei Ihnen, Herr Präsident, offene Türen ein, wenn wir behaupten, daß die kommunistische Bewegung unter der Arbeiterschaft nur mit geistigen Mitteln abgegraben werden kann und nicht mit Polizeimitteln.

Herr Präsident, man nennt Sie den geistig stärksten Mann Ihrer Nation und wir schließen uns diesem Urteile rückhaltlos an. Wir sagen das nicht, um Ihnen zu schmeicheln, denn aller eitle Personenkultus liegt uns fern, wir sagen es, weil wir darin die Voraussetzung unserer Erwartung erblicken, daß Sie das Vorgehen, das Ihnen Ihre Stellung verleiht, zur Ausübung eines Kapitels verwenden werden, das wahrlich nicht zu den erstaußlichsten in der sozialen und Rechtsgeschichte des Staates gehört. Sie sind Zeit Ihres Lebens der ehelichen Ueberzeugung gefolgt, auch dann, wenn Sie sich dadurch zu nicht unerheblichen Teilen Ihres Volkes in Gegensatz gestellt haben, darum hoffen wir zuversichtlich, daß sich auch in diesem Falle Ihr Bekenntnis und Ihre Unabhängigkeit von allen schlechten Raigebern offenbaren wird, welche, sei es aus Kurzsichtigkeit oder politischer Voreingenommenheit Ihnen etwa in den Arm fallen wollten. Die Wahrheit ist, daß die gesamte Arbeiterschaft aller Nationen wegen der noch immer währenden Wirksamkeit der Ausnahmssenatsurteile von Bitternis erfüllt ist und daß es ebenso ein Gebot der Einsicht und Gerechtigkeit wie der politischen Vernunft ist, die Opfer dieser Justiz zu befreien. Herr Präsident, handeln Sie!

Das Görlitzer Programm.

Auf dem Görlitzer Parteitag hat sich die deutsche Sozialdemokratie ein neues Programm gegeben, als erste aller sozialistischen Parteien ist sie an die durch die Entwicklung der Wirtschaft und Politik der letzten Jahre notwendig gewordene Programmrevision geschritten. Auf den Parteitagen der sozialistischen Parteien der verschiedensten Länder ist bereits der Wunsch nach einem den Zeitverhältnissen entsprechenden Programm laut geworden, die Schwierigkeiten, die sich einem solchen Beginnen entgegenstellen, haben jedoch bisher alle sozialdemokratischen Parteien davon abgehalten. Die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands hat sich darum auf ihrem Parteitag in Leipzig ein Aktionsprogramm gegeben, das die Forderungen zusammenfaßt, die das Proletariat in der nächsten Zeit durchsetzen will und auch die deutschösterreichische Partei hat auf ihrem Parteitag in Wien ein ähnliches Aktionsprogramm beschlossen. Für die deutsche Sozialdemokratie in der tschechoslowakischen Republik war die Frage des neuen Parteiprogramms schon zur Zeit des Leipziger Parteitages 1919 aktuell, aber auch damals ist man davon abgekommen, weil die Zeit für ein neues Programm noch nicht gekommen schien.

Das sozialdemokratische Programm unterscheidet sich von anderen Parteiprogrammen dadurch, daß es nicht nur eine bloße Zusammenfassung von Forderungen einer bestimmten Schicht der Gesellschaft darstellt, sondern, daß es die Anwendung der Sozialwissenschaft auf die Politik ist. Seit Marx den wissenschaftlichen Sozialismus begründet hat, muß jedes sozialdemokratische Programm in die ökonomisch-soziale Entwicklung der Zeit hineingestellt werden. Die Voraussetzung für die Aufstellung von Forderungen ist die Erkenntnis in die treibenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte der Gegenwart und die sozialdemokratische Politik besteht darin, diese treibenden Kräfte der kapitalistischen Gesellschaft, die auf den Sozialismus zuweilen, zu erkennen, um sie bewusst zu fördern, dem Sozialismus alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die ihm andere Gesellschaftsklassen entgegenrücken. Das Programm der Sozialdemokratie Deutschlands, das auf dem Parteitag zu Erfurt 1891 beschlossen wurde, fängt demnach mit einer knappen, aber doch eingehenden Darstellung der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Entwicklung an. Es ist noch heute ein Vergnügen, die klaren, einfachen und durchschlagenden Sätze zu lesen, in denen mit ein paar Strichen die Entwicklung zum Sozialismus dargestellt wird. Als Beispiel diene das folgende:

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überflüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heere trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Dieselben Eigenschaften weist das noch heute für uns gültige Programm der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs auf, das auf dem Parteitag zu Wien 1901 beschlossen wurde. Auch dafür diene ein einziger Satz als Beispiel:
Das Proletariat zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, zu dessen Durchsetzung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird.
Wenn wir mit diesen schönen und klaren, in jeder Hinsicht einwandfreien Sätzen das neue Programm vergleichen, das sich die Sozialdemokratie Deutschlands nunmehr gegeben hat, können wir ein Gefühl der Enttäuschung nicht unterdrücken. Das Programm ist matt und ohne jeden Schwung. Man hätte glauben sollen, daß zunächst eine Darstellung der allgemeinen Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Gesellschaft gegeben werden wird und

dann eine Darstellung der spezifischen Entwicklung der kapitalistischen Ordnung im Kriege und nach dem Kriege gefolgt wäre. Aus der so dargestellten Entwicklung hätten zwangsläufig die gegenwartsforderungen folgen müssen, die das sozialdemokratische Proletariat erhebt. Nichts von all dem! Die allgemeinen Grundlagen des Kapitalismus werden in einem einzigen Absatz folgendermaßen dargestellt:

Die kapitalistische Wirtschaft hat den wesentlichen Teil der durch die moderne Technik gewaltig entwickelten Produktionsmittel unter die Herrschaft einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Großbesitzern gebracht, sie hat breite Massen der Arbeiter von den Produktionsmitteln getrennt und in bestlose Proletarier verwandelt. Sie hat die wirtschaftliche Ungleichheit gesteigert und einer kleinen, im Ueberfluß lebenden Minderheit weite Schichten entgegengesetzt, die in Not und Elend verkommen. Sie hat damit den Klassenkampf für die Befreiung des Proletariats zur geschichtlichen Notwendigkeit und zur ständigen Forderung gemacht.

Diese Darstellung kann man nicht anders als unselbig bezeichnen. Sie hält keinen Vergleich aus mit der wissenschaftlichen Präzision und zugleich der Klarheit, die in jedem Satze des Erfurter Programms steckt. Teuflich ist die kapitalistische Entwicklung nach dem Kriege weggekommen. Auch da ist der Kern nicht getroffen, einige allgemeine Erwägungen werden über den Kapitalismus angestellt, die in einem Leitartikel eines sozialdemokratischen Blattes ganz gut Platz finden können, in ein Programm jedoch keinesfalls gehören, weil ganz nebensächliche Dinge herausgegriffen werden. So ist von der „wachsenden Abhängigkeit der bürgerlichen Presse von übermächtigen Wirtschaftsdiktatoren“ die Rede, was zwar eine unbestreitbare Tatsache ist, aber in die wenigen Sätze, aus denen ein sozialdemokratisches Programm in seinem prinzipiellen Teil bestehen muß und in denen gerade nur das Wesentliche zum knappsten und klarsten Ausdruck gebracht werden soll, ganz und gar nicht paßt.

Für den Geist, der die Schöpfer des Programms befehle, ist bezeichnend, daß man sich anfangs nicht entschließen konnte, das Wort *Klassenkampf* in den Programmentwurf hineinzunehmen. Der theoretische Führer der deutschen Mehrheitssozialisten Cuno wwidmete der Rechtfertigung der geplanten Hinzueinfügung einen Artikel in der „Neuen Zeit“, in der er die Wichtigkeit und Anwendbarkeit der Darstellung des Klassenkampfes im kommunistischen Manifest für unsere Zeit leugnete. Im kommunistischen Manifest heißt es nämlich:

Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich dadurch aus, daß sie die Klassen gegenüber vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat.

Cuno führt nun dagegen an, daß in den letzten Jahrzehnten sich die Mittelschichten, welche zwischen Kapitalisten und Proletariern stehen, besonders stark entwickelt haben und daß die sozialdemokratische Partei nicht mehr allein auf die Arbeiter, sondern auch auf diese Schichten reflektierte. So richtig diese Behauptung an und für sich ist, so falsch ist die Folgerung, die Cuno daraus zieht. Er sagt: „Ist unsere Partei aber keine bloße Klassenpartei, sondern ein Gemisch verschiedener Klassen, so kann sie auch nicht mehr in früherer Sinne Klasse n a m p f p o l i t i k im Dienste der Arbeiterklasse treiben; sie muß notwendig einen Ausgleich zwischen den Interessen der verschiedenen in ihr vertretenen Klassen teile suchen.“ In Wahrheit geht jedoch die Entwicklung dahin, diese Mittelschichten zu proletarisieren. Die sogenannten Mittelschichten werden auf die Bahn des Klassenkampfes gedrängt, wie ihn die Arbeiter, die stets den Kern der sozialistischen Partei bilden werden, seit Jahrzehnten führen müssen. Schließlich hat man das Wort vom Klassenkampf doch in das Programm hineingenommen, aber wie Cuno sagt: „Aendern wird das an unserer Parteipolitik gar nichts.“ Ein sonderbares Vorhaben!

Der Görtlicher Parteitag hat das Zusammengehen der Mehrheitssozialisten mit den Vertretern der deutschen Volkspartei in einer Koalitionsregierung möglich gemacht. Das war eine taktische Abgabe an die Unabhängige Sozialdemokratie. Die Annahme des Programmentwurfs war eine weitere, die g r u n d s ä t z l i c h e Abgabe an die Unabhängigen. Aber die mehrheitssozialistische Presse wird des eben geborenen Programms kaum selber froh, es mehrten sich die Stimmen in ihrem eigenen Lager, die weder die taktische Entschlebung noch das Programm des Görtlicher Parteitages für glückliche Beschlüsse halten. Das Görtlicher Programm ist das Programm der reformistischen Fraktionen der Arbeiterbewegung. Nur durch die Ueberwindung des Reformismus wie des Putzschismus, können wir wieder zur Einheit und Einigkeit des internationalen Proletariats gelangen. An dem Tage, da wir diese Einigung, die wir heiß ersehnen, erreichen werden, wird die sozialistische Internationale das Görtliche Programm begraben. Sind wir das Görtliche Programm in aller Zukunft die Si-

nigung nicht, denn nicht aus einer bestimmten Situation hervorgegangene Programme, sondern die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Menschheit wird über die Zukunft der Arbeiterbewegung entscheiden.

Inland.

Die Einlösung der Kriegsanleihe.

Daß nicht Raschin das Finanzportefeuille übernommen und daß sich Präsident Masaryk in Prahburg für die Einlösung der Kriegsanleihe ausgesprochen hat, läßt die Erwartung zu, daß sich der Staat seinen Verpflichtungen nicht entziehen werde. Seit nahezu drei Jahren steht diese Frage ungelöst zur Beantwortung. Unenolicher Schaden ist durch ihr Verschleppen nicht bloß den Kriegsanleihebesitzern, sondern vor allem dem Staate selbst zugefügt worden, der, wie das Ergebnis der letzten Staatsanleihe beweist, jeden Kredit eingebüßt hat. Während selbst jene Staaten, denen von den Siegern beinahe unvorstellbare Tribute auferlegt wurden, bemüht sind, ihre Kriegsschulden zu begleichen und so ihren Kredit gegenüber den Staatsgläubigern nicht ganz zu untergraben, glaubte man hierzulande nach dem Recepte Raschins die Kriegsschuldenfrage einfach so zu erledigen, daß man ihr aus dem Wege ging. Der Staat, der die größten Urtiva aus dem Zusammenbruche Oesterreichs, 80 Prozent seiner Industrie, Rohenerzeugnisse, den fruchtbarsten Teil des Reiches übernommen hat, entschlug sich bis heute der Anerkennung der Passiva. Raschin versuchte seinerzeit die Kriegsanleihefrage auf ein nationales Geleise zu schieben, aber gerade die tschechischen Banken waren es seinerzeit, die am lauteften für die Kriegsanleihebezeichnung geworben haben. Wohl ist es richtig, daß gerade diese Banken rechtzeitig ihre Kriegsanleihen abgestoßen haben, aber man dürfte nach drei Jahren endlich daraufkommen sein, daß nach dem Recepte „der Staat bin ich“, die Tschechoslowakei nicht die *Ziwnostenka banka* ist. Die Frage der Kriegsanleiheeinlösung ist trotz der Umwandlungsgelegenheit in Staatsanleihe ungelöst geblieben, denn gerade die kapitalistischsten Kriegsanleihebesitzer, Menschen und Wohlfahrtsanstalten, denen vielfach nichts anders geblieben ist, als Kriegsanleihe, konnten sie durch Aufzählung in Staatsanleihe nicht umtauschen. Und während ein Teil der Kapitalisten seine Kriegsanleihe in Staatsanleihe konvertiert hat, sind heute diejenigen im Besitze der Kriegsanleihe, die nicht die Möglichkeit zum Umtausch hatten.

Wir Sozialdemokraten stehen auf dem Standpunkt, daß die Kriegsanleihe so bald wie möglich eingelöst werden müsse: nicht nur deshalb, um tausende Menschen vor dem Untergang zu schützen. — Viele Kapitalisten konnten ihre Schätze rechtzeitig ins Ausland bringen — sondern nach dem Grundsatz, daß alle Kapitalisten für die Kriegsschulden und nicht die zufälligen Besitzer von Kriegsanleihen aufkommen haben. Die Forderung der Annulierung der Kriegsanleihe ist nichts anderes als ein Mittelchen der tschechischen Bourgeoisie, ihre Schuldigkeit dem Staate gegenüber durch andere begleichen zu lassen.

„Pravo Lidu“ gegen die Sokolansflüge ins deutsche Gebiet. Im „Pravo Lidu“ schreibt E. Hoffmann, Leitender, über die tschechischen Sonntagsexpeditionen in das deutsche Sprachgebiet unter anderem folgendes: „Taktische und Verstandesgründe sprechen gegen diese Fahrten für das Auge, welche soviel Staub aufwirbeln, jeden vor Langweile eingeschlagenen deutschen Chaubinisten aufzuwecken, ohne daß die Dinge zu Gunsten der Minderheiten geändert würde. Viel nützlicher und wichtiger wäre es, die Position auf wirtschaftlichem, Schul- und kulturellem Gebiet zu stärken.“ In seinen weiteren Ausführungen lobt Hoffmann, ausgesprochen zu können, daß „die Leute in den Minderheiten überzeugt sind, daß es amu deutsch-tschechischen Ausgleich kommen wird.“

Die Parteienverhältnisse im Parlament. Gegenwärtig sind im Abgeordnetenhause 285 Abgeordnete, und zwar 48 tschechische Sozialdemokraten, 41 tschechische Agrarier, 33 tschechische Klerikale, 26 Kommunisten, 25 tschechische Nationalsozialisten, 19 Nationaldemokraten, 7 Gewerbetreibende, 4 Abgeordnete der Brodehgruppe, 3 Modracelleute, 1 selbständiger Tscheche (Zesta). Weiters 28 deutsche Sozialdemokraten, 13 deutsche Agrarier, 12 Deutschnationale, 9 deutsche Christlichsoziale, 5 deutsche Nationalsozialisten, 2 Deutschdemokraten, sowie 6 ungarische Klerikale, 3 ungarische Sozialdemokraten. Die neue Regierung verfügt daher über eine Gefolgschaft von 166 Abgeordneten, die Opposition zählt 123 Abgeordnete.

Vor das ordentliche Gericht. „Rude Pravo“ veröffentlicht einen offenen Brief von sechs verurteilten Kommunisten aus Ungarisch-Gradiß, an den Justizminister, wovon der größte Teil konfisziert ist. Aus dem nicht konfiszierten Teil ist zu entnehmen, daß die sechs Verurteilten verlangen, vor ein ordentliches Geschworenengericht gestellt zu werden und daß das Urteil des Ausnahmssenats lasifiziert werde.

Eine Journalistenversammlung. Gestern vormittags fand im Magareum eine Journa-

listenversammlung statt, in der Ministerpräsident Dr. Benesch über die Bedeutung des Journalismus in etwas überschwenglicher Weise sprach. Auch Minister Habrman ergriff in dieser Versammlung das Wort. Die Tagesordnung der Versammlung umfaßte folgende Punkte: Das Dienstverhältnis der Redakteure, Journalistenkammern, Allgemeine Versicherung der Journalisten und Pressegesetz. Nach Erstattung von Referaten und einer Debatte wurden einige Anträge des Ausschusses des Syndikats der tschechoslowakischen Tagespresse genehmigt.

Der Klerikalismus als Organisator.

Die Klerikale als unsere gefährlichen Gegner zu bezeichnen, genügt nicht. Man muß die Größe und Macht ihres Organisationsapparates anschaulich sehen, um sich der Schwere des notwendigen Kampfes bewußt zu werden. Darum dürfen wir der christlichsozialen Warnsdorfer „Volkszeitung“ dankbar sein, die uns in den Vorträgen des Gen. Leuthner und unser geistiges Feuilleton erschöpfend illustrierendes Ziffernmateriale zur Verfügung stellt. Was den schwarzen Herren Grund zum Stolz bietet, gibt uns kräftigsten Ansporn, uns ihrer mit allen Mitteln zu erwehren. Die Warnsdorfer Statistik also berichtet:

Der Süddeutsche Verband katholischer Arbeitervereine zählte schon vor dem Weltkriege (i. J. 1911) 978 Einzelvereine mit 168.250 Mitgliedern, 681.300 Mark Vereinsvermögen, 2,5 Millionen Mark Spareinlagen usw. In 776 dieser Vereine waren zur Belebung und Stärkung des religiösen Lebens regelmäßige Generalkommunionen eingeführt. Aus der sonstigen Statistik der erwähnten 978 Vereine hebe ich hervor: 1795 religiös-apologetische, 2395 sozialwirtschaftliche, 1452 staatsbürgerkundliche und 1633 allgemein bildende Vorträge, 356 Lichtbilderaufführungen. 407 Vereine hatten in dem oben erwähnten Berichtsjahre 1911 eigene Büchereien, außerdem wurden vom Verbands für die Einzelvereine 23.250 Broschüren angekauft.

Der Westdeutsche Verband katholischer Arbeitervereine verzeichnete im selben Jahre 1911: 1041 Einzelvereine, 189.980 Mitglieder, 9524 Vertrauensmänner, 1.112.250 Mark an Vereinsvermögen, 4.614.116 Mark an Spareinlagen der einzelnen Mitglieder, 555.880 Mark Unterstützungen an Mitglieder, ein Verbandsorgan mit 165.000 Abonnenten, 3585 Versammlungen!

Der Ostdeutsche Verband verzeichnete 85 katholische Arbeitervereine.

Der „Verband der katholischen Arbeitervereine“ (sog. Berliner Richtung) zählte zur selben Zeit 1260 Vereine mit 130.000 Mitgliedern.

Dazu kommen noch die christlichen Gewerkschaften mit 340.957 Mitgliedern, 28 Fachblättern, 7.083.000 Mark Vermögen, 2.442.950 Mark Unterstützungsbeträgen. Die christlichen Gewerkschaften waren schon damals an 1122 Tarifverträgen beteiligt.

Der Zentralverband katholischer Junglingsvereine konnte einen Bestand von 1937, also fast zwei Tausend Einzelvereinen und 194.017 Mitglieder aufweisen. Dem Zentralverbande standen vier Zeitschriften zur Verfügung.

Eine Gesamtstatistik der katholischen Jungfrauenvereine liegt mir gegenwärtig nicht vor, aber ich glaube mich nicht zu irren, vor wenigen Jahren in einem Berichte gelesen zu haben, daß mehr als 350.000 katholische Mädchen in religiösen Vereinen organisiert seien.

Ähnlich großzügig und zeitgemäß organisiert sind Hunderttausende von Frauen im katholischen Frauenbund und in den christlichen Müttervereinen.

Vor mir liegen die Klerus-Kataloge des Erzbistums Köln und der Bistümer Trier, Münster, Paderborn, Breslau und Rottenburg. Diese und andere Diözesan-Schematismen bringen fast sämtlich auch eine Uebersicht über die nicht-politischen katholischen Vereine, da an der Spitze fast aller dieser Organisationen ein katholischer Geistlicher als Präses oder doch als maßgebender Beirat steht, eine Tatsache, welche dem reichsdeutschen Klerus nicht hoch genug angerechnet werden kann und zum Gutteil die solide religiöse Fundierung (!), den einheitslichen Geist und die Opferwilligkeit der Hunderttausende Organisierten erklärt macht. (In Wahrheit zeigt diese Tatsache, daß die Geistlichen sich nicht um das religiöse Leben ihres Schäfchens, sondern um die Ausdehnung der Kirchenmacht kümmern. D. Red. d. „Sozialdemokrat“.)

Ich kann aus den erwähnten Katalogen nur Einzelnes herausheben. So z. B. verzeichnet das „Kölnische Handbuch“ (des katholischen Klerus) außer den bereits erwähnten Vereinstypen: zehn Caritasverbände mit je einem eigenen Sekretariat, 242 tätige Binsgenvereine mit einem Generalsekretariat, einen Diözesanverband der katholischen Männer-Fürsorgevereine (Fürsorge für gefährdete Knaben, Besorgung von Lehrstellen, Uebernahme von Vormundschäften usw.), einen Zentralverband Katho-

lischer Kinderhorte und Kleinkinderbewahranstalten (Sitz Bonn), 81 katholische Gesellenvereine mit 6320 aktiven und 11.466 inaktiven Mitgliedern und 42 eigenen Häusern; einen Verband katholischer Beamtenvereine mit 30 Einzelvereinen und 10.000 Mitgliedern; einen Verband katholischer kaufmännischer Vereinigungen mit 57 Einzelvereinen und 5975 Mitgliedern; einen Verband der katholischen Frauen- und Müttervereine mit 545 Einzelvereinen und mehr als 130.000 Mitgliedern; ferner Vereine für katholische Diensthofen, für Handverleghilffinnen, für Hausbeamtinnen, Sozialbeamtinnen, für katholische Mademiler, des weiteren 1035 Borromäus-Büchervereine (Verbandsitz befanntlich in Bonn), mit 103.839 Mitgliedern. Hierzu kommen noch die Ortsgruppen des Bonifatius-Vereines, der Missionvereine, des rund 700.000 Mitglieder zählenden Volksvereines (Sitz M.-Gladbach), die Zahlstellen der politischen Zentrumsorganisation usw.

Der Schematismus der Diözese Münster bezeichnet für diesen kirchlichen Sprengel: 170 Jugendvereine, 158 marianische Kongregationen, 89 Gesellenvereine, 41 kaufmännische Vereine, 170 katholische Arbeitervereine, 47 Knappenvereine, 105 Männer-Kongregationen, 10 Arbeiterinnenvereine, 9 Diensthofenvereine, 415 christliche Müttervereine; zu diesen Organisationen wären noch die verschiedenen kirchlichen und caritativen Vereine zu zählen. An Wohltätigkeits- und sozialen Anstalten bestehen in dieser einen Diözese allein: 28 eigene Häuser der Jugendvereine, 43 Gesellenhäuser (zumeist mit Hospiz), 10 Arbeiterinnenvereinshäuser, 19 Mädchen-Hospize, 7 katholische Anstalten für Fürsorgezöglinge, mehrere Hunderte Hospitäler und Erziehungsanstalten klostertlicher Kongregationen.

Aus dem Personal-Schematismus der Diözese Paderborn für das Jahr 1913 errechne ich folgende Daten: Katholische Junglingsvereine 369, Jungfrauenvereine 302, Gesellenvereine (unter Einbeziehung der sog. Jofelsvereine) 80; Arbeitervereine 432. In Dortmund allein bestehen und wirken: 11 katholische Junglingsvereine, 10 Jungfrauenvereine, 16 katholische Arbeitervereine; in Bochum: 11 katholische Junglingsvereine, 13 katholische Arbeitervereine; in Gelsenkirchen 11 katholische Jugendvereine, 11 Jungfrauenvereine, 3 Gesellenvereine, 13 katholische Arbeiterorganisationen. (Nicht gerechnet sind hier die christlichen Gewerkschaftsvereine, die Borromäus-Ortsgruppen usw.)

Ueber eine ähnlich reichgegliederte kirchlich-caritative und soziale Gemeinschaftsarbeit berichten die Schematismen aller übrigen Diözesen. Die Früchte dieser mühsamen, ausdauernden, aber auch dauerwertigen Arbeit sind fast in jedem katholischen Pfarrsprengel zu spüren: gute Wahlen in die kommunalen und gesetzgebenden Betreuerorgane, ein gehobenes Bildungsniveau in Bezug auf religiöses und profanes Wissen, stete Belebung des inneren Gedankens, häufiger Sakramentsempfang (man beachte die löbliche Mischung von politischem Geschäft und frommem Gebal-bader, die da dem erbaulichen Berichterstatter mitunterläuft. D. Red. d. „Sozialdemokrat“), und Kirchenbesuch, rege Anteilnahme an den caritativen und sozialen Schöpfungen der einzelnen großen und kleinen Organisationen, Opferstun für jedes als notwendig anerkannte gemeinnützige Wert usw.“

Einen unerwarteten Bundesgenossen finden die katholischen in den evangelischen Pfaffen mit und ohne Drnat. Auf dem letzten Kirchentag in Stuttgart beschlossen nämlich die Vertreter des „Evangelischen Kirchenbundes“, für die konfessionelle Schule einzutreten. Damit treten Ultramontaner und Lutheraner in eine Kampffront und werfen sich der Forderung der Ehrenschaft und eines guten Drittels der Elternschaft, soweit eben diese sozialdemokratisch gefinnt ist, als einheitliche reaktionäre Masse entgegen. Der religiöse Triebkraft beraubt, sind die Protestanten eben auch nur Pfaffen.

Die russische Hungersnot.

Der Völkerverbund für Rußlandhilfe.

Genf, 27. September. (Havas.) Die 6. Kommission (für politische Angelegenheiten) befaßte sich mit der Frage der russischen Hungersnot. Motta legte einen Antrag der Unterkommission vor, in welchem konstatiert wird, daß die Situation Rußlands unstrittig ernst und rasche Hilfe dringend notwendig sei. Die Unterkommission fordert, daß an alle privaten Hilfsorganisationen eine dringende Aufforderung gesendet und gleichzeitig der Wunsch ausgesprochen werde, daß die Regierungen aller Länder die Unternehmungen der privaten Hilfsorganisationen moralisch und finanziell unterstützen. Die Debatte wird morgen fortgesetzt werden.

Ransen an Tschißcherin.

London, 28. September. Ransen hat Tschißcherin telegraphisch um Mitteilung erfragt, ob die Nachrichten, daß 14 Mitglieder des russischen Hilfskomitees zum Tode verurteilt worden seien, den Tatsachen entsprechen. Eine Antwort auf diese Telegramm ist bisher nicht eingegangen.

Bayern und das Reich.

Die deutschen Blätter melden, daß der Konflikt Bayerns mit dem Reiche beigelegt sei. Die Einheit des Reiches ist durch das freundliche Entgegenkommen des neuen bayerischen Ministerpräsidenten, des Grafen L e r c h e n f e l d, gerettet, der sich schon durch seine weniger bayerischen Umgangsformen von Herrn von Kahr, seinem Vorgänger, wohlwollend unterscheidet. Der Ausnahmezustand werde am 6. Oktober mit der Wirkung vom 15. Oktober aufgehoben und somit ist alles wieder gut eingerichtet. Wohl schmachten zu Hunderten die Opfer der Ausnahmegerichtsbarkeit in bayerischen Kerker und dieser Staat beherbergt ganze bewaffnete Kolonnen von ausgesprochenen Feinden der deutschen Republik, aber formell liegt vom Standpunkt der künftigen Regierungsparteien nichts im Wege, Alles, was, das Reich durch Wochen in äußerster Spannung versetzt hat, zu vergessen. Der Reichstag, der vorerst nur zu einer kurzen Sitzung zusammengetreten ist, wird sich jedoch auch gegen den Willen der Parteien, die begreiflicherweise auf das traurige Kapitel der Reichseinheitsbedrohung durch Bayern nicht zurückkommen möchten, mit den bayerischen Umtrieben befassen müssen. Mit der Verkleisterung des Bruches, der in dem eigenmächtigen, staatsfeindlichen Treiben Kahrs zum Ausdruck kam, ist nichts getan. Der Reichstag wird dem Uebel auf den Grund gehen müssen; er wird die Kräfte zu prüfen haben, die gegen die Einheit des Reiches sind und diejenigen, die seine Einheit auch mit scharfen innerpolitischen Kämpfen erhalten wollen. Nach der Verfassung der deutschen Republik ist Bayern weit mehr als ein autonomes Staatsgebiet Deutschlands, es ist tatsächlich ein Staat im Staate und in den Händen eines Kahrs ein Staat gegen den Staat. Die ersten großen und prinzipiellen Debatten des Reichstages werden sich mit dieser Lebensfrage des Reiches befassen; denn Bayern, wie es heute besteht, ist die Keimzelle der deutschen Reaktion, die Ausfallstelle der Wittelsbacher gegen die deutsche Republik. Die Berliner „Freiheit“ nimmt Dienstag zu diesen Problemen Stellung und schreibt u. a.:

Der Schug der Republik, die wir gegen die Monarchisten verteidigen, obwohl wir im heftigsten Gegensatz zu ihrem heutigen kapitalistischen Charakter stehen, kann sich nicht auf Verordnungen des Reichspräsidenten gründen. Was not tut, ist eine durchgreifende Umgestaltung der Gesetzgebung, und die Unabhängige Fraktion des Reichstages hat in dieser Erkenntnis der Volksvertretung einen Gesetzentwurf vorgelegt, der in erster Linie eine grundlegende Reform der Justiz in Strafsachen, die Rechtsprechung nur durch Geschworene und die Wahl der Geschworenen durch das Volk fordert. Der des Weiteren der Regierung eine Handhabe gegen diejenigen Beamten geben will, die monarchistische Auffassungen öffentlich vertreten oder in der Ausübung ihres Amtes bekunden, und der endlich noch die Konfiskation des Vermögens der früheren landesfürstlichen Familien verlangt.

Bei der Beratung dieses Gesetzentwurfes wie bei all den anderen Debatten, die sich an die Vorgänge der letzten Zeit knüpfen, wird sich herausstellen, ob es im Deutschen Reichstages eine Wehrheit gibt, die nicht nur ein billiges Lippenbekenntnis zur Republik abgelegt, sondern Ernsthaft entschlossen ist, das Nötige zu tun, um sie gegen die Umtriebe ihrer Feinde zu sichern. Mit großer Spannung erwarten wir die Stellungnahme der bürgerlichen Parteien und besonders derjenigen Fraktion, die neuerdings von Rechtssozialisten für bindungsfähig erklärt worden ist. Die Resolution von Görlich stellt zwar als Vorbedingung der Koalition mit der Deutschen Volkspartei die republikanische Zuverlässigkeit der Freunde des Herrn Stresemann auf.

Unsere unabhängigen Genossen äußern sich des Weiteren sehr zweifelnd über die fernere Entwicklung im Reiche. Die Republik ist trotz der Regierungskoalition, vielleicht gerade durch ihren fraglichen Bau, noch immer bedroht. Die Debatten über Bayern und das Reich werden vielleicht schon Klarheit darüber bringen, daß der Entschluß der Rechtssozialisten auf dem Görlicher Parteitag, mit den Volksparteilern in die Regierung zu gehen, ein fehlerhafter war. Die Hoffnung einer baldigen Wiedervereinigung des deutschen Proletariats ist so gut wie begraben. Und nur auf der geeinigten Kraft des Proletariats ruht die deutsche Republik.

Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen.

Am 30. September.

Paris, 28. September. Ministerpräsident Briand als Vorsitzender des Obersten Rates hat dem deutschen Botschafter Dr. Mayer heute mittags eine Note überreicht lassen, in der mitgeteilt wird, daß die wirtschaftlichen Sanktionen mit Wirkung vom 30.

September aufgehoben werden. (Die militärischen Sanktionen, die gegen jedes Rechtsgesetz und gegen den Friedensvertrag von Versailles verstößen und Deutschland finanziell ruinieren, bleiben jedoch aufrecht. D. Red.)

Rücktritt des Polizeipräsidenten Poehner.

Berlin, 28. September. (Eigenbericht der „Sozialdemokrat“.) Der Münchner Polizeipräsident Poehner ist endlich zurückgetreten. Er erklärte, daß die Verhältnisse es noch nicht gestattet hätten, die bewährten Bestimmungen des bayerischen Ausnahmegesetzes preis zu geben, zumal für die nächsten Monate die schwersten Erschütterungen des wirtschaftlichen und politischen Lebens bevorstehen. Unter diesen Umständen sei er außer Stande, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung weiterhin zu übernehmen und er habe heute um seine Enthebung gebeten. Das letzte Wort Poehners war, daß er die Verbreitung der Berliner „Freiheit“ für seinen Bezirk verbietet. Die Begründung seines Rücktrittes soll dem Deutschnationalen nur Gelegenheit geben, um eine neue Hege gegen den Reichskanzler Wirth zu entfesseln. Daß der Staatsanwalt gegen Poehner eingeschritten ist, weil er vor aller Öffentlichkeit beschuldigt wird, stiefbrüchlich verfolgte Hochverräter begünstigt zu haben, ist noch nicht bekannt geworden.

Die neue deutsche Regierungskoalition.

Berlin, 28. September. (Wolff.) In einer gemeinsamen Besprechung der demokratischen Fraktionen des Reichstages und des preussischen Landtages war man einmütig der Ansicht, daß die breite Koalition von der Mehrheitssozialdemokratie bis zur deutschen Volkspartei die einzige Grundlage ist, auf der eine stetige Politik aufgebaut werden kann. Die Versammlung gab weiter der Meinung Ausdruck, daß die Regierungsbildung im Reiche nur ein Kabinett Wirth sein könne.

Verbot einer reaktionären Veranstaltung.

Berlin, 28. September. (Wolff.) Der Polizeipräsident von Berlin hat auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August l. J. die für den 2. Oktober im Sportpalast geplante „Heerschau Schwarz-Weiß-Rot“ verboten. Die Veranstalter der geplanten Heerschau gehören den gleichen Kreisen an wie die Veranstalter des sogenannten Frontkämpfertages.

Die Finanzkrise.

Berlin, 28. September. (Eigenbericht der „Sozialdemokrat“.) Zu der durch die katastrophale Entwertung der Valuta herbeigeführten weiteren Verschlechterung der Finanzlage des Reiches schreibt die „Freiheit“: „Ueber der Geschichte der deutschen Finanzen steht seit Kriegsausbruch das verhängnisvolle Wort „zu spät“. Alle Maßnahmen sind verspätet getroffen worden und deshalb wirkungslos geblieben, und das gilt auch für das vorläufige letzte Kapitel. Seit der Annahme des Ultimatus im Mai ist nichts geschehen. Statt das Parlament, wie es ursprünglich beabsichtigt war, möglichst lange beisammen zu halten, oder wenigstens die Steuerausfälle permanent arbeiten zu lassen, wurde der Reichstag in die Ferien geschickt. Bei seinem Zusammentritt findet er aber noch immer kein definitives Finanzprogramm vor. Die Gesetzentwürfe stecken im Reichswirtschaftsrat und Reichsrat, denn der ganze Apparat der Gesetzgebung ist so schwerfällig geworden, daß Gesetze überhaupt nicht mehr fertig werden. Aber selbst wenn Steuergesetze vorgelegt werden könnten, so sind sie durch die Kürzungen der Mark bereits völlig ungenügend geworden.“

Mit derselben Frage beschäftigte sich eine Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie in München. Der Verbandsvorsitzende Dr. Sorge wies darauf hin, daß man sich hinsichtlich der Erfüllung des Londoner Ultimatus auf den Boden realer Tatsachen stellen und ernsthafte Versuche machen müsse, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Industrie sei bereit, ihre ausländischen Kredite zu Gunsten des Reiches nutzbar zu machen unter der Voraussetzung, daß sich an der Aktion die Landwirtschaft, die Bankwelt und der Handel beteilige und die Regierung alles tue, um das Risiko der Zerstörung des letzten Restes der Wirtschaft zu verhindern, indem sie nämlich Ordnung in den Etat bringe. Der Wiederaufbauminister Rathenau nahm dann das Wort und erklärte, daß der neue Kurs der deutschen Währung die Unmöglichkeit bewiesen habe, die deutsche Reparationsverpflichtung lediglich durch Devisen abzudecken. Das Problem sei der Ersatz von Geld — durch Sachleistungen. Sicherlich sei dabei der Widerstand der französischen Industrie zu überwinden, es vertrete aber der französische Wiederaufbauminister selbst die Anschauung, daß sich die französische Industrie ins eigene Fleisch schneide, wenn sie ihre ganze Tätigkeit auf die Wiederaufbauleistungen einstelle.

Versuchte Vernichtung der Brünner deutschen Bühne.

Der Stadtrat von Brünn, der durch Eingebung mehrerer tschechischer Ortschaften in seiner Majorität tschechisch gemacht wurde, hat beschlossen, den Vertrag mit dem Theatervereine auf zweimalige Vernichtung des Stadttheaters in der Woche zu kündigen. Diese Tat ist unmittelbar nach der Abreise Masaryks unter dem Einfluß der nationalistischen Demonstrationen gefestigt, bedeutet nicht weniger als den Versuch der vollständigen Vernichtung der deutschen Schauspielkunst in Brünn. Sie bedeutet eine Kampfanlage des nationalen Chauvinismus, von dem die Majorität des Brünner Gemeinderats erfüllt ist, an die gesamte deutsche Kulturgemeinschaft Mährens.

Schwere Tage hat die Brünner deutsche Schaubühne seit dem Umsturz zu überdauern. Trotzdem den Deutschen Brünns bei der Uebergabe der Stadtgemeinde an eine Revolutionskörperschaft von ihrem ältesten Mitgliede, Herrn Dr. Stranský versprochen wurde, daß dem deutschen Theater ein dreimaliges Mitspracherecht in der Woche gewahrt bleibe, wurde dieses Versprechen einfach gebrochen. Langer Verhandlungen bedurfte es, bis den Deutschen die zwei theaterstärksten Tage der Woche, Montag und Dienstag, zur Vernichtung des Stadttheaters eingeräumt wurden. Ein kleiner, für Theateraufführungen beinahe ungeeigneter Saal, die Redoute, sollte ihnen das große Haus ersetzen. Die Subvention, die die Brünner Stadtgemeinde dem deutschen Theater gewährt, ist verhältnismäßig so spärlich, daß in dieser für Schaubühnen so kritischen Zeit das Brünner deutsche Theater beinahe auf sich selbst gestellt ist. Die Brünner Tschechen haben sich für das Theaterjahr 1920/21 nicht weniger als 1 Million 600.000 Kronen bewilligt. Außerdem erhält das Brünner tschechische Theater große Zuwendungen seitens des Landes und des Masarykfonds. Dem deutschen Theater wurde nach langen Verhandlungen ein Anteil der tschechischen städtischen Subvention 200.000 Kronen bewilligt. Und zu alledem kommt jetzt noch gleichsam der Delogierungsauftrag!

Es ist ausgeschlossen, daß das einzige große Theater Mährens in zwei für größere Bühnenwerke ungeeigneten Saallokalitäten weiter bestehen kann. Wenn dem Theater auch noch die letzte Wirkungsmöglichkeit genommen wird, muß es zu Grunde gehen. Wenn dies auch die Absicht der Brünner Chauvinisten ist, so können wir kaum glauben, daß sich mit ihnen auch die neue tschechische Regierung, die doch ein einträchtiges Zusammenleben mit den Deutschen dieses Staates ermöglichen will, identifiziert. Die gänzliche Vernichtung der hunderte Jahre alten Brünner deutschen Bühne würde diesem Staate nur viele tausende neue Feinde schaffen. Dies kann doch nicht die Absicht dieses überreifen, gleichsam aus einer Strahendemonstration geborenen Beschlusses sein. Es besteht keinerlei Notwendigkeit, den Deutschen Mährens eine ihrer letzten Kulturstätten zu nehmen. Die tschechische Schauspielkunst in Brünn hat bei ihrem heutigen Anteil an Räumlichkeiten die Gewähr vollster Entfaltung. Nicht weniger als 19.000 Zuschauer kann sie in einer Woche die Möglichkeit des Theaterbesuches geben. Diese Zahl ist relativ so groß, daß es ihr noch auf zwei Spieltage im Stadttheater wohl nicht an-

Aus de Costers Eil Ulen Spiegel.

Als der Kaiser Karl einmal vom Kriege heimkam, fragte er, warum sein Sohn Philipp nicht zu ihm käme und ihn begrüße. Der erzbischofliche Erzherzog des Infanten erwiderte, dieser habe nicht gewollt, sondern erklärt, er liebe nur Bücher und Einsamkeit. Der Kaiser erkundigte sich, wo er sich im Augenblick aufhielte. Der Erzherzog meinte man müsse ihn irgendwo im Dunkeln suchen, und das tat sie denn. Sie wanderten durch eine reichliche Menge von Zimmern und kamen schließlich in eine Art Verschlag ohne Fußboden, der nur durch eine Luke Licht bekam. Dort sahen sie im Boden einen Pfahl stecken, an dem am Leibe aufgehängt eine zerleichte kleine Affen hing, die man seiner Höheit von Indien geschickt hatte, um sie durch ihre lustigen Streiche zu ergötzen. Unten rauchten noch glimmende Holzstücke, und im Verschlag roch es nach verbranntem Haar und verfluchter Haut. Das Tierchen batte so viel leiden müssen, daß sein Körper nicht dem eines Wesens glich, das einmal gelebt hatte, sondern wie ein Stück verknorrter und gequaderter Wurzel ausah. Sein Mund, der wie zum Todeschrei geöffnet schien, ließ blutigen Schaum sehen, und feuchte Tränen benetzten sein Gesicht. „Wer hat das hier getan?“ fragte der Kaiser. Der Erzherzog wage nicht zu antworten, und beide blieben stumm, traurig und zornig. Plötzlich hörte man in dieser Stille einen leisen Klang, wie Husten aus einer tief verschatteten Ecke hinter ihnen. Seine Majestät

kommt. Ebenso klar ist es, daß durch die Fortnahme dieser zwei Spieltage die deutsche Bühne ruiniert ist. Schon aus kulturellen Motiven darf die Kündigung des Brünner Gemeinderats nicht zur Tat werden!

Ein Vergessener.

38 Jahre alt ist der auch in sozialistischen Kreisen nicht unbekannt Forscher Eugen Dühring, einsam und von der Welt weit längst vergessen, gestorben. Das erste Auftreten dieses Mannes, der in einer Reihe von Wissenschaften bewandert war, gleich einem Meteor, zu hunderten drängten sich die Studenten in seine Vorlesungen. Zu Beginn der 70er Jahre erschienen seine Schriften: „Kursus der Philosophie“, „Kursus der National- und Sozialökonomie“, und „Kritische Geschichte der Nationalökonomie und des Sozialismus“, in welchem er ein neues wissenschaftliches System des Sozialismus entwickelte. Selbst auf einen Teil der sozialistischen Arbeiter, ja, der sozialistischen Presse, blieben diese Bücher nicht ohne Einfluß, da die Sozialisten von damals wissenschaftlich noch nicht gefestigt waren und das Marxsche System von ihnen geistig noch nicht verdaut war. Daher wurde es notwendig, vom Standpunkte des Marxismus zu Dührings Schriften Stellung zu nehmen, eine Aufgabe, der sich kein Geringerer als Marzens treuer Mitarbeiter und Freund Friedrich Engels unterzog.

Seit Anfang 1877 erschienen im Leipziger „Vorwärts“ fortlaufende Artikel, die dann später gesammelt als Buch unter dem Titel: „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“ herausgegeben wurden und viele Auflagen sowie Uebersetzungen in eine ganze Menge von Sprachen erlebten. Eine ganze Generation von Sozialisten hat einen großen Teil ihres Wissens aus dem angeführten Buche von Friedrich Engels geschöpft. In seiner Kritik der Dühringschen Schriften geht Engels schonungslos mit deren Verfasser zu Gericht, mit der Engels eigenen Ironie und seinem beißenden Sarkasmus vollzieht er an Dühring eine wissenschaftliche Hinrichtung. Dühring war damals nur ein „Typus von „Gelehrten“, die alles zu verstehen glaubten und vom hohen Ross ihres Standpunktes jede andere Ansicht in Grund und Boden verdammen. Engels selbst charakterisiert diese Richtung der Wissenschaft wie folgt: „Herr Dühring ist einer der bedeutendsten Typen dieser vorlauten Pseudowissenschaft, die sich heutzutage in Deutschland überall in den Vordergrund drängt und alles überdönt mit ihrem drohenden — höheren Blech. Höheres Blech in der Poesie, in der Philosophie, in der Politik, in der Ökonomie, in der Geschichtsschreibung, höheres Blech auf Katheder und Tribüne, höheres Blech überall, höheres Blech mit dem Anspruch auf Ueberlegenheit und Gebandenteufe im Unterchied von dem simplen, platt-bulgären Blech anderer Nationen, höheres Blech, das charakteristischste und massenhafteste Produkt der deutschen intellektuellen Industrie, billig, aber schlecht, ganz wie andere deutsche Fabrikate, neben denen es leider in Philabelphä nicht vertreten war. Sogar der deutsche Sozialismus, namentlich seit dem guten Beispiel des Herrn Dühring, macht neuer-

drehte sich um und bemerkte dort den Infanten Philipp in ganz schwarzer Kleidung, der an einer Zitrone saugte. „Don Philipp“, sagte er, „komm her und begrüße mich.“ Der Infant rührte sich aber nicht und blickte ihn mit furchtsamen Augen an, aus denen keine Liebe sprach. „Was? du das“, fragte der Kaiser, „der hier dies Tierchen auf diesem Feuer verbrannt hat?“

Der Infant senkte den Kopf. Darauf der Kaiser: „Wenn du grausam genug warst, das zu tun, so sei auch mutig genug, es zu geschehen.“ Der Infant antwortete nicht. Da riß seiner Majestät ihm die Zitrone aus der Hand, warf sie zu Boden und begann ihn zu schlagen, und sein Sohn pinkelte vor Angst. Aber der Erzbischof hielt ihn zurück und flüsterete ihm ins Ohr: „Seine Höheit wird einst groß werden durch Verbrennen der Kehler.“ Der Kaiser lächelte, und beide gingen fort und ließen den Infanten allein bei seinem Affen.

Aber es gab auch andere, die keine Affen waren und doch den Flammentod fanden. Damals traten zum anderen Male die Inquisitoren und Theologen vor Kaiser Karl und stellten ihm vor: die Kirche gehe zugrunde; ihre Autorität werde mißachtet; wenn er soviel ruhmreiche Siege errungen habe, so danke er das den Gebeten des Katholizismus, der seine kaiserliche Macht aufrecht erhielt. Ein spanischer Erzbischof forderte, er solle zu sehen. Alle Damen und Herren des Hofes tausend Köpfe abhauen oder ebensoviel

dinge recht erschrecklich in höherem Maße und produziert diesen und jenen, der sich mit „Wissenschaft“ brüstet, von der er „wirklich auch nichts gelernt hat.“ Es ist dies eine Kinderkrankheit, die die beginnende Befreiung des deutschen Studios zur Sozialdemokratie anzog und von ihr unzertrennlich ist, die aber bei der merkwürdig gesunden Natur unserer Arbeiter schon überwunden werden wird. Aber die Engels'sche Kritik ist nicht nur negativ, sondern, was dem Buch den eigentlichen wissenschaftlichen Wert verleiht, auch positiv, Engels zeigt nicht nur die folgerichtige Anwendung des Marx'schen Systems auf die Philosophie und Sozialwissenschaft, sondern greift auf alle Wissensgebiete, beispielsweise die Naturwissenschaft, über, sodas Engels' Buch eine Fülle wertvoller Kenntnisse vermittelt.

Vielfach wurde später gesagt, das Engels über das Ziel in seiner Kritik hinausgeschossen und Dühring nicht unrecht gehabt habe. Demgegenüber ist festzuhalten, das Dühring nicht nur völlig unhaltbare wissenschaftliche Theorien formulierte, sondern das er auch von einem ganz ungewöhnlichen Größenwahn erfüllt war. Seine Eigenliebe macht seine Bücher fast ungenießbar. Einige Proben mögen genügen: „Meine Geschichtszeichnung großen Stils“, oder „nur in denjenigen sozialen Gebilden, welche ich in meinem Kurze der National- und Sozialökonomie gekennzeichnet habe, kann ein echtes Eigen an die Stelle des bloß scheinbaren und vorläufigen oder aber gewaltsamen Eigentums treten.“ So sehr er sich selbst lobte, so verdammt er oft die größten Geister, die das 19. Jahrhundert der Menschheit geschenkt hat. Marx beispielsweise wirft er Ohnmacht der ordnenden Fähigkeiten und Unformlichkeit des Gedankens und des Stils vor. Der scharfe Kampf, den er gegen eine Reihe anderer, vom Staate anerkannter und in Amt und Würden eingesetzter Gelehrten und Universitätsprofessoren führte, bewog die Berliner Universität, ihm die Privatdozentur wegzunehmen und man muß es Engels, der sein wissenschaftlicher Gegner war, hoch anrechnen, das er hierbei Dühring in Schutz nahm. In den letzten Jahrzehnten war Dühring blind, sodas das Schicksal des nicht unbegabten, aber eiden und größtenwahnsinnigen Gelehrten voll Tragik war. Seither lebt er in völliger Zurückgezogenheit und Einsamkeit: das heute lebende Geschlecht hat ihn beinahe gar nicht gekannt.

Tages-Neuigkeiten.

Ehrenmann Janowsky. Die Krummauer Kommunisten, mit denen wir uns schon einmal befaßt haben und denen wir schon damals einen ganz besonderen Platz in der kommunistischen Parteigeschichte verhießen, beweisen immer deutlicher, wie stolz sie auf ihre Vertrauensmänner sind. Einer von ihnen, Sparrassendirektor Janowsky, wurde von uns als Valutaschieber an den Prager gestellt. Die Direktion der Sparkassa der Stadt Krummauer hat uns in einer besonderen Zuschrift unsere Feststellung der Valutaschiebungen ihres Dirigenten bestätigt, der dem Unternehmen einen Schaden von 20.000 Kronen verursachte. Diese Erklärung der Direktion mußte die „Südböhmische Arbeiterzeitung“, deren Ehrenhaftigkeit von uns feinerzeit auch entsprechend gewürdigt wurde, in ihre Spalten aufschreiben.

Leiber verbrennen, um in den Niederlanden die boshafte lutherische Ketzeri anzurotten. Seiner Heiligen Majestät bedünkte, das sei keineswegs genügend.

So sah Ullenspiegel allenthalben, wo er hinkam, voll Entsetzens nur „Häupter auf Pfählen, junge Weiber, die in Säden lebend in die Flüsse geworfen wurden; nackte Männer auf Rad gespannt und mit schweren Eisenstangen geschlagen, Frauen in Gräber geworfen, mit Erde bedeckt und Henker, die darauf herumtanzten, um ihre Brust zu zertreten. Aber die Beichtiger derer, so zuvor berent hatten, verdienten in jedem Falle zwölf Bahen.

In Löwen sah er die Henker dreifach lutherische gleichzeitig verbrennen, und der Holzstoß wurde mit Schießpulver entzündet. In Vimborg sah er eine ganze Familie, Männer, Frauen, Töchter und Schwiegerköhne Palmen singend zur Hinrichtung gehen. Nur der Vater, der schon alt war, schrie, während ihn die Flammen erschloßen.

Und Ullenspiegel wanderte voll Angst und Schmerz weiter über diese arme Erde.

Philipp hatte Marie von Portugal geheiratet, deren Güter er seinem spanischen Herrschertum angliederte; mit ihr zeugte er Don Carlos, den grausamen Narren. Aber er liebte seine Frau nicht.

Die Königin litt an den Folgen der Geburt. Sie hütete ihr Bett und hatte ihre Ehren Damen um sich, unter ihnen die Herzogin von Alba.

Philipp ließ sie oft allein, um Ketzer brennen zu lassen es ihm nach. So auch die Herzogin von Alba, die edle Wachsenhüterin der Königin.

men. Aber die Krummauer Kommunisten und ihre Presse sind eben so stolz auf ihren Janowsky, das sie sich mit ihm sogar dann solidarisch erklären, wenn er eine Lumperei begeht. Sie tun das auf ihre eigene Weise, indem sie die Tatsache einfach zu leugnen versuchen. In derselben Nummer der „Südböhmischen Arbeiterzeitung“, in der die amtliche Erklärung der Direktion über die Valutaschiebungen Janowsky steht, befindet sich auch ein Bericht über die Kreisbesprechung der südböhmischen Kommunisten und darin heißt es unter anderem:

„Genosse Janowsky, der in den letzten Tagen von den Sozialdemokraten in der infamsten Weise als Valutaschieber verleumdet worden war, wurde als Kreisvertrauensmann wieder gewählt, da die Kreisleitung ebenso wie zuvor eine Krummauer Vertrauensversammlung festgestellt hatten, das sich Gen. Janowsky keiner mehrfachen und eigenmächtigen Handlung schuldig gemacht hat.“

Wir wissen nicht, was die kommunistischen „Vertrauensmänner“ dieser Konferenz eingegeben haben, so das sie ihnen auf den Leim gingen. Wir stellen nur fest, das sie Janowsky, den wir unwidersprochen und amtlich bestätigt als Valutaschieber erklärten, neuerdings zum Kreisvertrauensmann wählten. Niemand ist Janowsky's Ehre zweifellos reinzuwaschen und wir empfehlen den Kommunisten, es auch mit den Trzubitsky und Legler's ähnlich zu halten. Sie brauchen ja nur „beschließen“, das beide „in infamster Weise verleumdet“ wurden und nichts steht mehr im Wege, sie zur ständigen Erinnerung an den Raubmord von Chodau zu Funktionäre der kommunistischen Partei zu wählen.

Die sieben Garnituren der „Vereinigten“. Der sonderbare Läuterungsprozess, der in der Vereinigten kommunistischen Partei Deutschlands seit eben dieser Vereinigung vor sich geht, und mit dem jüngst erfolgten Austritt Adolf Hoffmanns und Ernst Däumigs in eine neue Phase getreten ist, wird von der Berliner „Freiheit“ in sieben Bildern festgehalten, die das traurige Chaos in der V. K. P. D. mit gelungenem Scherz widerspiegeln. Nachdem Adolf Hoffmann, der bisher zu den Untergrundkämpfern zählte, und Ernst Däumig, der sich den schwankenden Gestalten angeschlossen hatte, wild geworden und aus der Partei ausgetreten sind, ergibt sich folgende Zusammenstellung:

1. Die Moskauer: a) die Unentwegten: Remmele, Fröhlich; b) die Abgefägten: Stoeder, Höllein, Koenen.
2. Die Lebigen: Levi, Malzahn.
3. Die Raussgeworfenen: Reich, Düwelle, Geher jr.
4. Die Ausgetretenen: S. Teuber, Marie Wadwig.
5. Die Untergrundkämpfer: Jeklin, Plettner, Eckardt, Braß, Barß, Heidemann.
6. Die schwankenden Gestalten: Dr. Herzfeld, Geher sen., Berthele, Eichhorn, Thomas, Fries.
7. Die Wildgewordenen: Ernst Däumig, Adolf Hoffmann.

Die „Freiheit“ bemerkt etwas stark satirisch, das sie neue Veränderungen im Bestand der vereinigten kommunistischen Fraktion laufend registrieren wird — aber die Satyre ist treffend: wir glauben, das die „Freiheit“ bald Gelegenheit zu neuer Registratur haben wird.

Damals ergriff das Offizial einen flämischen Bildhauer, einen römischen Katholiken, weil ihm ein Mönch den vereinbarten Preis für ein Mutter-Gottesbild aus Holz verweigert hatte und jener darauf mit seinem Meißel das Antlitz des Bildes zertrümmert hatte: denn, sagte er, er wolle lieber sein Werk zerstören, als es zu einem Schandpreise hergeben.

Er wurde von dem Mönch als Bildnischänder angezeigt, ohne Mitleid gemartert und zum Feuerode verurteilt.

Man hatte ihm während der Folterung die Fußsohlen verbrannt, und er schrie auf dem Wege vom Gefängnis zum Scheiterhaufen — bedeckt mit dem „Sanbenito“: „Haut die Füße ab! Haut die Füße ab!“

Und Philipp hörte mit Genuß von weitem diese Schreie, aber er lachte nicht.

Die Ehren Damen der Königin Marie verließen diese, um sich die Hinrichtung anzusehen, und ihnen lief die Herzogin Alba nach, weil sie den flämischen Bildhauer hatte schreien hören und das Schauspiel mit ansehen wollte. So ließ sie die Königin allein.

Philipp, seine hohen Diener, seine Fürsten, Grafen, Stallmeister und Damen waren zugegen, als der flämische Bildhauer mit einer langen Kette an einem Pfahl befestigt wurde, der mitten in einem brennenden Kreise von Strohhindeln und Reiferhaufen stand, so das der Verurteilte langsam geröstet werden und sich, beim Pfahl, der schärftsten Blut saughalter konnte.

Man blidte ihn neugierig an, wie er, nackt oder doch fast nackt, verbrühte, seiner Seele Kraft gegen die Wut des Feuers zu geben. — Genau zu dieser Zeit hatte die Königin Marie Durst in ihrem Wachenbett. Sie sah eine

Humperdind gestorben. Aus Neu-Strelitz wird gemeldet: Der Komponist Humperdind ist im hiesigen Karollinenstift an den Folgen eines Schlaganfalles, zu dem eine Lungenentzündung hinzutrat, gestorben. Seine Leiche wird nach Berlin überführt werden.

Ein neuer Erfolg der freigeberwerblichen Angestelltenorganisation. Vor Kurzem ist der Gehilfenausschuß der Handelsangestellten in Eger bei den letzten Gehilfenwahlen in die Hand des Zentralverbandes der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Sitz Teplitz-Schönau gelangt. Nunmehr konnte die freigeberwerbliche Angestelltenorganisation einen weiteren Erfolg erringen, indem auch in Marienbad bei den Gehilfenwahlen der Handelsangestellten die Kandidaten der Marienbader Ortsgruppe des Zentralverbandes der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr einstimmig gewählt worden sind. Dieser neuerliche Erfolg der freigeberwerblichen Angestelltenorganisation ist die treffendste Antwort auf die von gegnerischer Seite immer wiederholte Behauptung von einem angeblichen Rückgang des Zentralverbandes der Angestellten. Der deutschnationale Handlungsgehilfenverband (D. G. V.), der insbesondere in der letzten Zeit eine wütende Agitation gegen den Zentralverband der Angestellten führte und kein Mittel scheute, um gegen die freigeberwerbliche Angestelltenorganisation anzukämpfen, mußte sich in Eger als geschlagen bekennen und sich in Marienbad mit der einstimmigen Wahl der Liste des Zentralverbandes der Angestellten abfinden. Der Erfolg in Marienbad ist ganz besonders hoch anzuschlagen, weil die dortige Ortsgruppe des Zentralverbandes der Angestellten noch jung ist und vor noch ganz kurzer Zeit der berüchtigte Festbesoldetenratschwindel und D. G. V.-Küttel alles beherrschte. Die neuen Erfolge der freigeberwerblichen Angestelltenorganisation beweisen, das die Gelben nunmehr auch bei den Handelsangestellten ausgespielt haben.

Das Elend der Kinder im russischen Hungergebiet. Die „Pravda“ bringt einen Bericht über die schreckliche Lage der Kinder an der Wolga. Die Kinder sind vom Elend am schwersten betroffen. Alle Kinderheime sind überfüllt, trotzdem findet täglich ein neuer Zustuß ausstichloser Kinder statt. In den Straßen Samaras werden täglich bis 200 verlassene Kinder aufgefunden, für die es an Wohnung, Nahrung, Bekleidung mangelt, 40 Prozent von ihnen sind haukrank. Die Sterblichkeit ist sehr groß. Ohne Aufschub muß Außerordentliches geleistet werden, um ein schreckliches Sterben zu verhindern. Die Kinderernährung in den Kinderheimen wie auch bei den Eltern ist sehr mangelhaft. Die bisher geleistete Hilfe ist unzureichend. Die Kinderschutzkommission bei der Allrussischen Exekutive hat dem amerikanischen Hilfskomitee über die schreckliche Lage der Kinder im Hungergebiet Mitteilung gemacht. Im Tschuwassengebiet sind fast 300.000 hungernde Kinder und 7000 Säuglinge. Das Gouvernement Wjatka und das Marienburger Gebiet haben über 500.000 hungernde Kinder; — die Tatarenrepublik 1.500.000, Gouvernement Ufa über 500.000. Auf den Straßen Ufas werden täglich bis 150 Waisen aufgefunden. Der Hungerchreiden hat einen noch größeren Umfang im Gouvernement Samara, wo epidemische Erkrankungen auftreten. Im Gouvernement Simbirsk sind fast 800.000 hungernde Kinder. In allen genannten Gouvernements beabsichtigt die Hilfskommission Hilfsbasen zu errichten, wohin die

halbe Melone auf einer Schüssel. Sie schleppte sich aus dem Bett, nahm die Melone und ließ nichts davon übrig.

Dann begann sie durch die Abkühlung dieser Erfahrung zu frösteln, bekam kalten Schweiß und sank auf den Boden, ohne sich rühren zu können.

„Ach“, seufzte sie, „ich wäre schnell wieder warm, wenn jemand mich ins Bett trüge“.

Da hörte sie den armen Bildhauer schreien: „Haut die Füße ab!“

„Ach“, stöhnte die Königin Marie, „heult dort ein Hund zu meinem Tode?“

In diesem Augenblicke sah der Bildhauer um sich nur feindliche spanische Gesichter, er dachte an Flandern, das Land männlicher Kraft, kreuzte die Arme, schleppte die Kette in ihrer ganzen Länge hinter sich, ging auf die brennenden Strohhindeln und Reiferhaufen zu, stellte sich mit gekreuzten Armen aufrecht und rief: „So sterben die Flamländer vor ihren spanischen Henkern. Haut nicht mir, aber ihnen die Füße ab, damit sie nicht mehr morben gehen können. Es lebe Flandern! Flamländer in aller Ewigkeit!“

Und die Damen klatschten Beifall und riesen um Gnade, als sie ihn so stolz stehen sahen. Und er starb.

Die Königin Marie zitterte am ganzen Körper, weinte, ihre Zähne klapperten von dem Frost des nahen Todes, und sie streckte ihre Arme und Beine und sagte: „Legt mich in mein Bett, um mich zu wärmen“.

Und sie starb.

Und so säte nach Kathelins, der guten Hexe, Vorausage Philipp überall Blut, Tod und Tränen.

amerikanische Hilfskommission je einen Vertreter entsenden wird. — Und da behauptet Herr Simonor, der Sowjetvertreter für Australien, das von einer Hungersnot . . . nicht die Rede sein kann!

Die „gereinigten“ Prager Polizei. Der „Beceer“ vom 27. d. teilt mit, das die Konzeptsbeamten des Ruskler Polizeikommissariats entweder veretzt oder aus dem Dienst entlassen worden sind. Der Kommissariatsvorstand Gattasch ging in Pension. Diese Veränderungen geschahen plötzlich und, wie der „Beceer“ meint, zur rechten Zeit, denn von einigen gewesenen Beamten des Ruskler Kommissariats erzählte man sich schon längere Zeit wenig lobenswerte Dinge. Besonders bemerkenswert ist, das behauptet wurde, das sich die Konzeptsbeamten mit Privatangelegenheiten befassen, die sich keineswegs mit der Stellung eines staatlichen Amtes vertragen. Es ist nötig, das die Deffentlichkeit über diese Angelegenheit informiert werde, die ein recht merkwürdiges Licht auf die „gereinigten“ Prager Polizei wirft. — Wichtig wäre vor allem, zu erfahren, welcher Art diese Privatangelegenheiten sind, mit denen sich die Konzeptsbeamten beschäftigen. Wenn darunter nur einfache Geschäfte zu verstehen wären, so müßten wir schon sagen, das dagegen nichts eingewendet werden kann. Man soll die Beamten eben besser bezahlen, dann werden sie es nicht nötig haben, sich einen Nebenberuf zu suchen, der ihre wirtschaftliche Lage bessern hilft, mag auch das berühmte Ständebewußtsein darunter leiden. Bessere Bezahlung der Beamten wird das „Ansehen der staatlichen Beamten“ mehr haben als pyrrrhische Hindernisse auf ihre Würde. Wenn die Beamten aber unlautere Geschäfte trieben und treiben, verlangt es das Interesse der Deffentlichkeit, darüber Näheres zu erfahren.

Passive Resistenz an der Wiener Universität. Die Angestellten der Wiener Universität über seit Montag passive Resistenz. Die Hochschüler, die sich auf der Quästur einschreiben lassen wollten, erlebten dabei eine sehr unangenehme Ueberraschung. Schon vor 9 Uhr vormittags hatten sich mehrere hundert Studenten vor der Quästur eingefunden. Um 9 Uhr wurde auch richtig begonnen, doch wurde so langsam gearbeitet, das unter den Studenten eine allgemeine Unruhe entstand. Bald darauf erfuh man, das sämtliche Angestellte der Universität, mit Ausnahme der Diener, in die passive Resistenz getreten sind. Die Ursache liegt darin, das ihre schon seit Jahren vorgebrachten Wünsche über eine Regelung der Gehaltsfrage nicht erfüllt werden. Vor allem verlangen die Angestellten, das sie als Staatsangestellte anerkannt werden.

Eine ganze Stadt unter polizeilicher Aufsicht. In Munkacs (Karpatho-Rußland) wurde jüngst bei einer großzügigen allgemeinen Razzia jeder zur Polizei geschleppt, der keine neue, mit Photographie versehene Legitimation hatte. Und da wage jemand zu leugnen, das in Karpathorussland eine musterghltige Ordnung herrscht.

Streitigkeiten zwischen rechtssozialistischen und kommunistischen Turnern. Vorgestern kam es zu Streitigkeiten zwischen Angehörigen des tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterturnvereines in Prag-Kleinseite und Stadtschüler und Mitgliedern des kommunistischen Arbeiterturnvereines derselben Bezirke, da beide Vereine Anspruch auf die Benutzung der Turnhalle in der Schule bei St. Nikolaus in der Josefsgasse auf der Kleinseite erhoben. Der Stadtrat hatte die Turnhalle dem rechtssozialistischen Arbeiterturnverein überlassen. Vorgestern gegen 7 Uhr abends kamen die rechtssozialistischen Turner unter Führung des Obmannes Rejzlar aus Smichow zur Turnhalle. Vor dem Hause hatten sich jedoch etwa 80 Angehörige des kommunistischen Turnvereines eingefunden, die beim Erscheinen Rejzlar in entrüstete Jurise ausbrachen. Die Mitglieder des kommunistischen Arbeiterturnvereines blieben, während die anderen Turner im Hause übten, vor der Turnhalle versammelt. Kurz vor 9 Uhr wurde dann der Bezirksobmann Rejzlar unter Aufsicht der Sicherheitsabgabe nach Hause geführt, damit er vor den aufgeregten Beuten beschützt werde. Diese gingen dann lebhaft debattierend auseinander.

Sicherung einer kirchlichen Veranstaltung. Wie der Polizeibericht meldet, fand gestern um 11 Uhr vormittags bei der Wegelastatue am Wegelastplatz ein katholischer Gottesdienst statt. Aus dem Fenster eines Hauses sahen der Geschäftsbienner Walbert Boucek aus Pantke und die Beamtin Marie Srbina aus Weintraube und die Beamtin Maria Dvorak zu. Dabei unterhielten sie sich angeblich laut, sodas die Teilnehmer an dem Gottesdienste unwillig wurden. Einige der Teilnehmer drangen in das Haus ein, die Polizei mußte Ruhe schaffen und die drei Zuschauer sicherstellen. Außerdem wurden noch einige andere Personen wegen „ungehörigen Verhaltens bei der gottesdienstlichen Handlung“ angehalten.

Selbstmord einer jungen Frau. Von der Legionärsbrücke sprang vorgestern gegen 9 Uhr abends eine unbekante, etwa 25jährige Frau in die Moldau, welche, während sie untertaucht, ununterbrochen rief: „Heinrich!“ Die Polizeibeamte zog sie mit Hilfe eines Landknechts ans Ufer, aber die Wiederbelebungsversuche waren ohne Erfolg. Der Polizeirat konstatierte den eingetretenen Tod und die Leiche wurde behufs Vornahme der gerichtlichen Obduktion ins katholische Institut gebracht.

Bewegung der Eisenbahner.

Es wird weiterverhandelt.

Die Verhandlungen der Vertreter der Rahm-
menorganisationen und zwar der Genossen
Grünzner und Czech für den „Verband
der Eisenbahner“, Brodeckh und Stanek
für die „Unie zel. Jamest.“, sowie der Herren
Prochazka und Rejedy für die „Ned-
nota zriensci druzh“, Navratil und Bo-
lorny für den „Spolek cesk. urednicku zel.“,
mit dem Sektionschef Dr. Ing. Burger, in
Vertretung des neuen Eisenbahnministers P.
Sramel, Sektionschef Dr. Novotny und
Sektionsrat Dr. Cerny, wurden am 27. d.
fortgesetzt und währten bis in die Nachtstunden
ohne zu einem befriedigenden Ergebnisse zu
führen.

Erfreuernd für ein gedeihliches Weiter-
schreiten der Durchberatung der brennenden
Fragen hat der inzwischen eingetretene Regie-
rungswechsel gewirkt, da hierbei auch ein Wech-
sel in der Person des Eisenbahnministers ein-
getreten ist. Da in allen Punkten das Eisen-
bahnministerium nicht kompetent ist, sind noch
weitere Verhandlungen mit der Ge-
samterregierung erforderlich, wofür bis zum Ab-
schlusse des gestellten Ultimatus, d. i. bis 29.
d. M., die beiden Tage Mittwoch und Don-
nerstag in Aussicht genommen sind.

Für den heutigen Tag, d. i. heute den
29. d., haben die die Aktion führenden Rahm-
menorganisationen auch bereits ihre Vertrauens-
männer der Provinz, und zwar: für Böh-
men nach Prag, Mähren und Schlesien nach
Brünn und der Slowakei nach Sillein zur
Entgegennahme des Beschlusses über das Er-
gebnis der Verhandlungen und Beschlußfäs-
sung über die weitere Stellungnahme, einbe-
rufen.

Von der Entscheidung der Provinzvertrauens-
männer in ihren heutigen Beratungen in
Prag, Brünn und Sillein wird es abhängen,
ob der für den 30. d. M. von 11—13 Uhr
anberaumte Proteststreik auf allen Eisenbah-
nen der Republik zur Durchführung gelangt.

Die wichtigsten Forderungen, um die
es sich in dieser Aktion vorwiegend handelt,
sind:

Die endliche und restlose Durchführung der
beiden Gesetze vom 7. Oktober 1919 und 9.
April 1920 über die Regelung der Bezüge und
die Durchrechnung der Dienstjahre, die Ein-
haltung der Bestimmungen des Gesetzes über
die achtstündige Arbeitszeit bei der Erstellung
der Dienstentlohnungen, bezw. Turnusse unter
Heranziehung der Vertrauensmänner des Per-
sonals, die Einstellung der in letzter Zeit plötz-
lich ungewissen Entlassungen älterer
Arbeiter, die Wiedereinstellung der vom Mi-
tarbeiterdienst zurückgehenden ehemaligen Eisen-
bahner, die Stabilisierung der Arbeiter und
Arbeiterinnen im Sinne der früher getroffe-
nen Vereinbarungen der Rahmorganisationen
mit den Eisenbahnministerien bezüglich
Qualifikation, Prüfungen und ärztlicher Un-
tersuchung. Die Behebung der durch die Aus-
schaltung aus der staatlichen Brot- und Mehl-
versorgung entstandenen Schädigung, sowie
die Inangriffnahme der Durchbehandlung der
schwebenden Uniformierungsfrage, die Auf-
hebung der Ratenzahlungen auf die Kredite
aus der staatlichen Vorkaufaktion und die
Unifikation der Bezüge der Bediensteten in der
Slowakei und bei der Kaschau-Oderberger-
Eisenbahn.

Die Meldungen einiger Prager bürgerlichen
Blätter über einen unmittelbar bevorstehenden
Streik der Eisenbahner sind zu mindestens
verfrüht. Ob ein ständiger Proteststreik
zu führen ist, wird erst heute entschie-
den werden.

Westungarn.

Neun österreichische Gendarmen verschleppt.
Wiener-Nachst. 27. September. In Nu-
am Leitthaber wurden neun Gendarmen, die
in Ruhestellung lagen, während sich ihre Ka-
meraden auf Streifung befanden, von ungar-
sichen Banden überfallen und verschleppt. Die
amtlich mitgeteilt wird, hat die österreichische
Regierung sofort energische Schritte eingelei-
tet, um die Freilassung der auf österreichischem
Boden überfallenen Gendarmen zu erwirken
und Sühne für diesen Zwischenfall zu ver-
langen.

Die kleine Entente bereit, den Trianoner
Frieden durchzuführen.

London, 27. September. Reuter erfährt,
daß die Allierten die Antworten der rumä-
nischen und der südslawischen Regierung er-
halten haben, in denen die Bereitwilligkeit die-
ser Länder ausgedrückt wird, in wirtschaftlicher
und sonstiger Zusammenarbeit die Ausfüh-
rung des Trianoner Vertrages sicherzustellen
und den Frieden durchzuführen. Das Unter-
nehmen wird gemeinsam mit den guten Dien-
sten der tschechoslowakischen Regierung als au-
ßerordentlich wichtig angesehen, da die Not-
wendigkeit besteht, daß die kleine Entente den
allgemeinen Plan der Aufrechterhaltung des
Friedens in diesen Ländern ihre Hilfe leiht.

Die Botschafterkonferenz würde keine Ein-
wände gegen ein österreichisch-ungarisches
Abkommen erheben.

Paris, 28. September. (Havas.) Die Bot-
schafterkonferenz beschloß heute Vormittag, keine
Einwände in Angelegenheit des Abschlusses
eines Abkommens zwischen Oesterreich und
Magharien zu erheben, wenn Oesterreich auf
die Anerbieten einer Vermittlung eingeht, mit
dem Vorbehalte, daß die strittigen Komitate in-
nerhalb der durch die letzte Note der Botschaf-
terkonferenz festgesetzten Frist geräumt werden.
Die Botschafterkonferenz beschloß weiter, daß
die Sachverständigen nächste Woche den Schlus-
bericht über Albanien erstatten.

Meinungsverschiedenheiten der Grenz-
berichtigungskommission.

Zala-Egerzeg, 27. September. (Maghar.
Korr.-Bureau.) Nach den aus den besetzten Ge-
bieten hier eingelangten Nachrichten ist die Ar-
beit der Grenzberichtigungskommission ins
Stocken geraten. Zwischen den italienischen
und japanischen Mitgliedern der Kommission
einerseits und den französischen und serbischen
andrerseits sind Gegensätze entstanden, so daß
der serbische Delegierte nach Belgrad abreiste,
um von seiner Regierung Informationen ein-
zuholen. Infolge dieser Vorfälle konnte in Alfo-
Lendva die Volksabstimmung nicht durchge-
führt werden.

Die Magharen wollen auf Habsburg nicht
verzichten.

Genf, 27. September. Graf Apponyi, der
Führer der ungarischen Abordnung in Genf
erklärte einem Pressevertreter, daß mit der Zu-
rückziehung des Aufnahmengesuches Ungarn
nicht etwa ein Unrecht im burgenländischen
Konflikt zugegeben habe. Ungarn sei bereit,
den Verpflichtungen des Vertrages von Tria-
non nachzukommen, aber es hätte gehofft, daß
die verschiedenen Entschädigungsforderungen,
die es gegen Oesterreich geltend zu machen
habe, wie auch die Form der Uebergabe des
Burgenlandes vorher geregelt worden wären.
Ungarn sei keineswegs Verpflichtungen einge-
gangen, auf die Wiederherstellung der Habs-
burgerdynastie zu verzichten. Es werde nie
eine solche Verpflichtung eingehen. Die Frage
der Wiederherstellung der Dynastie selbst
wolle er nicht berühren, aber an dem Grund-
satz müsse Ungarn unbedingt festhalten, an
dem Grundsatz seiner nationalen Souveränität
und dem Grundsatz, daß dem Friedens-
vertrage von Trianon keine neuen Verpflich-
tungen hinzugefügt werden dürfen. Lieber
wolle Ungarn überhaupt auf den Eintritt in
den Völkerverbund verzichten, als diese Grund-
sätze aufheben.

Die Abrüstungskomödie.

Genf, 27. September. Die dritte Kom-
mission für Abrüstung und Wodade war heute
der Schauplatz einer großen Debatte über das
Abrüstungsproblem. Lord Cecil (Süd-
afrika) brachte eine Resolution ein, in der die
temporäre gemischte Kommission für Rü-
stungsbeschränkungen aufgefordert werden soll,
einen präzisen Antrag auf Rüstungsbeschrän-
kungen auszuarbeiten, der in Form eines An-
trages oder einer anderen schlüssigen Form
vom Räte der nächsten Versammlung zu un-
terbreiten wäre. Der englische Delegierte
Fisher und der französische Delegierte
Renauld sprachen sich gegen ein solches
Projekt aus, solange die Vereinigten Staaten
und Rußland im Völkerverbund fehlen, das
schwierige Problem der Abrüstung könnte nur
nach und nach gelöst werden, man müsse mit
positiven Anträgen bis zum nächsten Jahre
warten. Branting (Schweden) hält es
für gefährlich, die Frage wieder um ein Jahr
zu verschieben. Cecil hebt hervor, daß alle
Untersuchungen noch keine Abrüstung bedeuten
und noch nicht bewirkt hätten, daß auch nur
ein einziges Bataillon weniger auf der Welt
sei. Schanzer (Italien), der zu vermitteln
suchte, ist der Ansicht, daß die Versammlung in
irgend einer anderen Weise zum Probleme
Stellung nehmen müßte. Er erklärte sich ge-
gen den Vorschlag Cecils, weil er die tempo-
räre gemischte Kommission in ihrer gegenwärtigen
Zusammensetzung für die Ausarbeitung
eines allgemeinen Abrüstungsplanes
für ungeeignet hält. Nach einer länger-
en Debatte stimmte Cecil dem Vor-
schlage Renaulds zu, demzufolge die
temporäre gemischte Kommission nur ganz all-
gemeine Vorschläge für die Beschränkung der
nationalen Rüstungen auszuarbeiten wird. Cecil
begründete seine Zustimmung damit, daß es
vor allem darauf ankomme, daß der Völk-
erverbund überhaupt eine Abrüstungspolitik be-
treibe. Außerdem wird gefordert, daß die
temporäre gemischte Kommission verstärkt
werden soll. Die Entschlebung wurde mit
22 Stimmen bei einigen Stimmenthaltungen
angenommen.

Eine Währungskonferenz.

London, 27. September. Wie Reuter mel-
det, nehmen die Vorbereitungen für die Ab-
haltung einer internationalen Währungskon-
ferenz in London anfangs Dezember güt-
lichen Fortgang. Die Konferenz wird von bekannten
englischen Finanzautoritäten in die Wege ge-
leitet, um die ganze Währungsfrage zu prüfen
und ein Programm für die Maßnahmen der
verschiedenen Länder wieder hoch gebracht wer-
den soll. Die Regierungen der einzelnen
Länder sind zur Entsendung von Delegierten
aufgefordert worden. Zustimmung haben sich
bereits die Vereinigten Staaten, Frankreich,
Deutschland, die Niederlande, Schweden und
Dänemark geäußert.

London, 28. September. Das Reutersche
Bureau erfährt, daß den letzten, maßgebenden
britischen Kreisen eingegangenen Berich-
ten zufolge, die interalliierte Kontrollkom-
mission ihre Aufgabe der Entgegennahme der zur
Zerstörung bestimmten von Deutschland ausge-
lieferten Waffen so gut wie beendet hat und sich
jetzt mit der Kontrolle der verschiedenen Boll-
werkgruppen befaßt. Bis Mitte September seien
nur noch 102 Geschütze zur Vernichtung übrig-
geblieben, nachdem 3280 Geschütze bereits zer-
stört worden seien. Es müssen noch eine Mil-
lionen Tonnen geladener Granaten zerstört wer-
den, 34 Millionen seien bereits vernichtet wor-
den. Es seien nur noch 186 Granatwerfer vor-
handen, deren 110.340 (?) bereits zerstört wor-
den sind. 2852 Maschinengewehre seien noch
unberührt, nachdem 88.586 zerstört wurden.
An Munition für kleine Waffen seien zerstört:
355 Millionen Patronen, 90 Millionen seien
noch vorhanden. Es seien noch 163.000 Gewehre
übrig. Ausgeliefert und zerstört wurden
4.160.000 Gewehre.

Deutschland beinahe gänzlich ent- waffnet.

Berlin, 28. September. (Wolff.) Im Reichs-
tage wurde auf Grund einer sozialistischen In-
terpellation die Katastrophe von Oppau bespro-
chen. Reichsarbeitsminister Braun erklärte, daß
über die Ursache der Explosion eingehende Un-
tersuchungen unter Hinzuziehung der wirtschaft-
lich zuständigen Stellen stattgefunden hätten
und auch weiter stattfänden, daß aber ein end-
gültiges Ergebnis noch nicht bekannt gegeben
werden könne. Hilfe für die Opfer werde weiter
mit größter Begeisterung und im größtmög-
lichsten Umfang geleistet werden.

Hilfe für die Oppauer Opfer.

Berlin, 28. September. (Wolff.) Im Reichs-
tage wurde auf Grund einer sozialistischen In-
terpellation die Katastrophe von Oppau bespro-
chen. Reichsarbeitsminister Braun erklärte, daß
über die Ursache der Explosion eingehende Un-
tersuchungen unter Hinzuziehung der wirtschaft-
lich zuständigen Stellen stattgefunden hätten
und auch weiter stattfänden, daß aber ein end-
gültiges Ergebnis noch nicht bekannt gegeben
werden könne. Hilfe für die Opfer werde weiter
mit größter Begeisterung und im größtmög-
lichsten Umfang geleistet werden.

Ratifikation der Friedensverträge durch Amerika.

Washington, 28. September. (Havas.) Wil-
son hat die Senatoren der demokratischen
Partei zur Beschlußfassung über die Stellung-
nahme zur Ratifikation der Friedensverträge
mit Deutschland und Oesterreich einberufen.

Antwort Lloyd Georges an de Valera.

London, 28. September. (Reuter.) Die Blät-
ter melden, daß die Antwort Lloyd Georges
an de Valera heute nach Irland telegraphiert
wurde, jedoch in London nicht veröffentlicht
wurde, bevor nicht die Bestätigung eintrifft, daß
sie vom Ireneführer empfangen worden ist. Zu
der Note wiederholt der Premier die Einladung
zu einer Konferenz in London.

Englisch-russischer Notenwechsel.

Moskau, 28. September. Die russische Note
auf die englische Note, wegen Nichterhaltung
der Bestimmungen des Handelsabkommens ist
in London eingetroffen. Die Note versichert,
daß die russische Regierung von der Unstich-
haltigkeit der englischen Vorwürfe überzeugt sei,
daß aber genaue Nachforschungen angestellt
werden, um auch in den Einzelheiten festzustel-
len, daß sich die Organe der Regierung keiner
englandfeindlichen Handlung schuldig gemacht
haben.

Rußland will den Friedensvertrag mit Polen erfüllen.

Paris, 28. September. (Hunt.) Aus War-
schau wird vom 27. ds. M. berichtet: Tische-
rin habe auf die polnische Note geantwortet
und von der polnischen Regierung einen Auf-
schub von wenigen Tagen verlangt, um die
Verpflichtungen des Friedensvertrages zu er-
füllen.

Industrielle Krise in Nordamerika.

Paris, 28. September. Der „Daily Te-
legraph“ meldet aus Newyork, daß sich in der
industriellen Lage der Vereinigten Staaten die
Krise mit großen Schritten nähert. Die nächste
Woche müßte entscheiden, ob es zu einem surst-
baren Kampfe kommen wird, darunter zum
Streik der Eisenbahner, Berg-
leute und anderer Arbeiter oder zu einer
Regelung im Guten und zur Annahme der
Lohnherminderungen durch die Ar-
beiterschaft. Bei den Eisenbahnern sei eine
überwältigende Mehrheit für einen Streik.

Der neue Zentrumsführer.

Berlin, 28. September. Die Reichstags-
fraktion der Zentrumsparlei hat anstelle des
verstorbenen Trimborn den Abg. Marx zum
ersten Vorsitzenden gewählt.

Kleine Chronik.

Eine ganze Stadt unter dem Hammer. Es
dürfte sich bisher wohl noch nicht ereignet haben,
daß eine ganze Stadt unter den Hammer kommt.
Dieser Fall wird aber demnächst in der englischen
Stadt Reigate, in der Nähe von London,
Wirklichkeit. Eine der größten Londoner Verstei-
gerungsfirmen wird während dreier Tage die ge-
samte Stadt zur Versteigerung bringen, so das
Rathaus, Hotels, Banken, zahlreiche Läden, Gar-
ragens, Autos, Wohn- und Landhäuser, endlich un-
bebaute Grundstücke, so daß man tatsächlich von
der Veranktionierung einer ganzen Stadt sprechen
kann.

Ein Elefant, der seinen Arzt tödtet. In dem
Zoologischen Garten in Rom wurde der Arzt Dr.
Camezza bei dem Versuch, an dem größten afri-
kanischen Elefanten des Gartens einen Abzweig zu
operieren, getötet. Dr. Camezza, der vertretungs-
weise die Tiere des Zoologischen Gartens behan-
delte, hatte kürzlich einen großen Craig-Utang
operiert, der augenscheinlich Verständnis dafür
besaß, daß ihm nur zu seinem Besten Schmerzen
zugefügt wurden und daher ruhig auf dem Ope-
rationstisch lag und alles mit sich geschah ließ.
Der Arzt nahm an, daß der Elefant ebenso viel
Klugheit beweisen würde, aber als er den dritten
Einschnitt machte, riß der Elefant seinen Kopf
von den Wurzeln los, die ihn mit Fesseln hielten,
warf den Arzt nieder und trat in voller Wut auf
ihn herum, sodaß jeder Knochen in seinem Kör-
per zerbrochen wurde. Darauf nahm der Elefant
den leblosen Körper des Arztes in seinen Rüssel
und schleuderte ihn noch mit voller Wucht gegen
die Eisenstangen des Käfigs.

Brand eines großen Pariser Warenhauses.

Paris, 28. September. Im Neubau des großen
Warenhauses Printemps auf dem Boulevard
Hausman ist heute früh ein Brand ausge-
brochen, der das ganze Gebäude ergriff. Um
9 Uhr früh stürzte die Front ein. Alle Pa-
riser Feuerwehren sind an der Brandstätte er-
schienen. Es gelang, den alten Bau zu
schützen. Personen sind nicht zu Schaden ge-
kommen. Der Brand dürfte infolge Kurzschlusses
entstanden sein.

General Ungern-Sternburg nicht erschossen?

Berlin, 28. September. Die „Deutsche Allge-
meine Zeitung“ läßt sich aus Genf berichten, daß
General Ungern-Sternburg noch nicht
erschossen worden sei. Richtig sei, daß er zur Vor-
untersuchung nach Kowlo-Molajewsk gebracht
wurde, von wo er durch einen besonderen Sowjet-
kommissar nach Moskau geholt wird, um vor Ge-
richt gestellt zu werden.

Verurteilte Sowjetbeamte. Moskau, 28. Sep- tember. (Hunt.)

Zehn Angestellte des Volksge-
sundheitsamtes waren vor dem Moskauer Revo-
lutionstribunal bedeutender Unterschleife ange-
klagt. Vier Angeklagte wurden zum Tode
durch Erschießen, die übrigen zu Kerker-
strafen verurteilt.

Wolgastieber. Moskau, 28. September. (Hunt.)

Aus Jarzsin wird gemeldet: Das Wolga-
stieber nimmt im Gouvernement die Formen
schwerer tropischer Malaria an. Die Krankheit
fährt häufig, besonders bei Kindern, zum Tod.
In der Stadt nimmt die Zahl der Erkrankten
an rückkehrendem Typhus und an Flecktyphus zu.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Der tschechoslowakische Außenhandel im
Feber 1921. Nr. 2 der „Statistischen Ueber-
sichten betreffend den auswärtigen Handel der
tschechoslowakischen Republik“ gemäß betrug
die Wareneinfuhr während des Monats
Feber 1921 im ganzen 3.776.207 Zentner,
die Ausfuhr dagegen 6.719.563 Zentner Ware.
Davon entfällt der Menge der eingeführten
Ware nach das Meiste auf Deutsch-
land (2.054.348 Zentner), auf Oesterreich
292.838 Zentner, auf die Vereinigten Staaten
von Nordamerika 274.784 Zentner, auf Ma-
gharien 207.794 Zentner usw. Der höchste
Posten der Wareneinfuhr der Menge
nach entfällt auf Deutschland (2.927.478
Zentner), auf Oesterreich 1.934.564 Zent-
ner, auf Magharien 799.222 Zentner, auf
Polen 405.536 Zentner usw. nach Rohstoffen,
Fabrikaten und Halbfabrikaten, nach Produktions-
gruppen geordnet: Die Einfuhr beträgt
im ganzen 2.817.812 Zentner und außerdem
253 Stück Rohstoffe, 258.831 Zentner Halb-
fabrikate und 699.564 Zentner und 23.804
Stück Fabrikate. Was die Ausfuhr anbelangt,
entfallen auf Rohstoffe 5.641.863 Zentner, auf
Halbfabrikate 483.352 Zentner, auf Fabrikate
594.302 Zentner und 209.607 Stück.

Welche Waren werden bei uns eingeführt
und was wird ausgeführt? Dem „tschechoslo-
waken Bestimt“ entnehmen wir, daß die größ-
ten Einfuhrposten im Jahre 1919 bil-
deten: Mehl und Getreide (22,3 Prozent des
Einfuhr-Gesamtwertes), Baumwolle, Garne
und Waren daraus (16,9 Prozent); Fette (10,4
Prozent); Wolle, Woll- und Wollwaren (8,6
Prozent); im Jahre 1920: Baumwolle, Garne
und Waren daraus (19,6 Prozent); Getreide,
Mehl usw. (11,8 Prozent); Wolle, Wollgarne
und Wollwaren (7,4 Prozent); Petroleum,
Fette. Die bedeutendsten Ausfuhrposten
entfielen im Jahre 1919 auf Zucker (24,9 Pro-
zent des Ausfuhr-Gesamtwertes); Rohle und
Holz (18,6 Prozent); Obst, Gemüse, Pflanzen

und Pflanzenteile (19.7 Prozent); Was- und Glaswaren (6.7 Prozent) ferner Wolle und Textilwaren, Eisen und Eisenwaren; im Jahre 1920: Wolle und Textilwaren (20.6 Prozent), Glas und Glaswaren (16.3 Prozent, Jüder (13.7 Prozent), ferner Kohle, Holz, Baumwolle, Garne und Waren daraus; Wenn man den Wert unseres auswärtigen Handels nach den Ländern ins Auge faßt, befinden sich an der Spitze der Einfuhrländer (Herkunftslander) im Jahre 1919: die Vereinigten Staaten von Nordamerika (25.9 Prozent des Gesamtwertes unserer Einfuhr), Deutschland (14.2 Prozent), ferner Italien, Oesterreich, die Schweiz; im Jahre 1920: Deutschland (23.5 Prozent, die Vereinigten Staaten von Nordamerika (18.6 Prozent), Oesterreich (11.7 Prozent), ferner die Niederlande. Die bedeutendsten Wertposten unserer Ausfuhr entfallen auf folgende Bestimmungslander: im Jahre 1919 auf Oesterreich (29 Prozent des Gesamtwertes unserer Ausfuhr), Deutschland (19.9 Prozent), Frankreich (10.6 Prozent), ferner Polen samt dem Plebiszit-Gebiete; im Jahre 1920 Oesterreich (35.4 Prozent), Deutschland (15.5 Prozent), Frankreich (9.3 Prozent), ferner Magyaren, Italien.

Ein Hausangestelltengesetz in Deutschland. Die deutsche Regierung legt dem Reichstag einen Regierungsentwurf enthaltend ein neues Hausangestelltenrecht vor. Der Entwurf zeigt, daß er von reaktionären Beamten ausgearbeitet ist. Eine geradezu unglaubliche Bestimmung lautet, daß Kinder unter 14 Jahren nicht länger als drei Stunden beschäftigt werden dürfen. Es können also Kinder unter 14 Jahren als Hausgehilfen angestellt werden! Die Begründung dieser reaktionären Bestimmung ist bemerkenswert. Sie lautet: „Es liegt im Interesse der Kinder, die durch die verhältnismäßig leichte Hausarbeit in den Stand gesetzt werden, früh etwas zu verdienen, ohne doch Schaden zu nehmen.“ — Die Höchstarbeitszeit ist pro Woche auf 56 Stunden festgesetzt, dagegen spricht aber das Gesetz von einer 13stündigen „Arbeitsbereitschaft“, die nichts anderes sein kann als eine Uebertretung des Achtstundentages. Nach neun monatlicher Beschäftigung im gleichen Haushalt steht dem Hausangestellten alljährlich ein Urlaub von mindestens einer Woche zu. Der Lohn wird monatlich gezahlt, doch kann die Landesbehörde in Orten mit weniger als 5000 Einwohnern die Zeit bis zu drei Monaten verlängern, was einfach ungeheuerlich ist. Der Hausangestellte kann sofort entlassen werden, wenn er einen „un sittlichen Lebenswandel“ führt, was wieder eine kauschuhartige Bestimmung ältester Art ist. § 29 behandelt die Arbeitsbeschneidung, die ein jeder Hausangestellte hat. — Wie zu sehen ist, enthält das Gesetz eine Reihe von Bestimmungen, die für die Arbeiterschaft anzunehmen gang unmöglich ist.

Die Nacharbeit der Bäcker. Im § 8 des Gesetzes vom 19. Dezember 1918 (Gesetz über den Achtstundentag) ist ausgesprochen, daß die Arbeit in der Nachtzeit (das ist von 10 Uhr abends bis 5 Uhr früh) verboten ist, wodurch der langjährigen Forderung nach der Aufhebung der Nacharbeit der Bäcker entsprochen wurde. Ein Teil der Bäckermeister versucht nun wieder zur früheren Nacharbeit ihrer Gehilfen zurückzukehren. Deswegen haben die Bäckergehilfen in einigen Städten einen Kontrolldienst eingerichtet, um alle jene Meister und Gehilfen ausfindig zu machen, die trotz des gesetzlichen Verbotes, bei der Nacht arbeiten. Es wurde nun festgestellt, daß in vielen Fällen Nacharbeit verrichtet wurde und es wurden die Schuldigen zur behördlichen Anzeige gebracht. Insbesondere im Tepficher Bezirk hatten sich die Fälle gehäuft und es wurden nun acht Meister zu ziemlich hohen Strafen verurteilt, darunter drei zu je 1000 Kronen Strafe für die systematische Verletzung der gesetzlichen Vorschriften. In der letzten Zeit ist auch in Kreisen der Bäckermeister die Meinung aufgetaucht, daß diejenigen Meister die ohne Befehl und Gehilfen zu arbeiten gewillt sind, in der Nacht baden zu können. Das ist jedoch nicht der Fall, denn das Ministerium für soziale Fürsorge hat in einer Verordnung bestimmt, daß die Erzeugung von Waren bei Nacht unter den im § 8 genannten Ausnahmen

unterliegt ist, mithin auch derjenige Meister keine Arbeit verrichten darf, der allein oder mit seinen Angehörigen die Erzeugung beverflüssigt. Sache der Arbeiterschaft ist es nun, unablässig dahin zu arbeiten, daß überall in den Bäckereibetrieben die gesetzlichen Vorschriften aufrecht erhalten werden.

Ein ruhendes Bild internationaler Sozialpolitik. Das Versicherungswesen auf dem Gebiete der Slowakei wird jetzt „nationalisiert“. Das slowakische Geschäft der Ersten Ungarischen Allgemeinen Versicherungsgesellschaft würde übernommen von einer neugegründeten slowakischen Gesellschaft mit 6 Mill. Kronen Aktienkapital, deren Gründer die Erste Ungarische Allgemeine Versicherungsgesellschaft in Budapest, die Erste böhmische Wechselseitige Versicherungsanstalt in Prag und die Erste Slowakische Versicherungsgesellschaft in Preßburg sind. Bei der konstituierenden Gründungsversammlung der neuen „Slowakischen Versicherungsgesellschaft A.-G. in Bratislava“ haben Ungarn, Tschechen und Slowaken einander um die Wette gelobt. Im Verwaltungsrat, in der Direktion und im Aufsichtsrat sitzen neben den Vertretern des ungarischen, böhmischen und slowakischen Kapitals auch die Führer des slowakischen politischen Lebens, z. B. der bevollmächtigte Minister der Slowakei Dr. Martin Mura, der Ministerialrat Dr. Josef Kallay usw. Der heilige Profit löst die nationalen Gegensätze in Harmonie auf.

Statt Agrarreform — nationale Kolonisation. Von der Bodenreform wurde in der Slowakei bisher fast gar nichts verwirklicht. Selbst die slowakischen Bauern haben vom Großgrundbesitz sehr wenig bekommen. Das Bodenamt, wie es der Vizepräsident Holubek dem Mitarbeiter des „Slovenský Denník“ mitteilte, beschäftigt sich aber mit dem Gedanken, slowakischen Kolonisten aus Polen in der Slowakei Boden zu geben. Agrarpolitische Rücksichten kommen bei der Bodenreform nicht in Betracht. Nationale Kolonisation, das ist die Hauptsache.

Wer revolutioniert die Gewerkschaften? Das Organ der sozialistischen Partei Rumaniens „Nepalara“ (Volkswille) teilt folgenden interessanten Fall mit: Vor dem Klausenburger Kriegsgericht wird ein großer Verschwörungsprozess verhandelt. Auf der Anklagebank sitzen zumeist aus Ungarn entkandte Horthy-Agenten. Der eine aus Ungarn entkandte Angeklagte, Andreas Tamas sagte bei seinem Verhör: „Ich wurde nach Kronstadt geschickt, um an der dortigen Radio-Station zu studieren, aber eher noch um die Arbeitergewerkschaften zu revolutionieren.“ Die „Revolutionierung der Gewerkschaften“, mit dieser Marschroute der kommunistischen Propaganda sendet Horthy seine Agenten nach Siebenbürgen. Der Nepalarat knüpft an diese Tatsache folgende Bemerkung: „Die Andreas Tamas sind in der Arbeiterbewegung noch immer in großer Anzahl vertreten. Sie machen die ernste Arbeit im Interesse der Arbeiterschaft unmöglich. Die von ihnen verbündete revolutionäre Demagogie wird bloß zur neuerlichen Stärkung der Reaktion führen.“

Englische Eisenbahnerstreiks. London, 27. September. (Reuter.) Infolge des Generalstreikes auf den Linien der Great Southern und Western Railway sind heute alle Verbindungen nach dem Süden abgeschnitten.

Ans der Partei. Die Bezirksorganisation Haida hielt am 25. September ihre Jahresversammlung in Haida ab. In der Mitgliederversammlung der Frauenorganisation ist ein kleiner Rückgang, während bei den Männern trotz des Abfalles von Mitgliedern in zwei Lokalorganisationen an die Kommunisten ein wesentlicher Zuwachs zu verzeichnen ist. Die Neuwahlen in die Bezirksvertretung ergaben: Obmänner: Ed. Bürgermeister, Ant. Wehner, Ferdinand Lichtner, Kassier Anton Lechner, Schriftführer Otto Wallek und Ferdinand Schlegel; Kontrolle: Josef Sperlich und Franz Freismuth. Zum Parteitag werden drei Delegierte entsendet, und zwar die Genossen Otto Wallek und Ed. Bür-

germeister, ferner eine Genossin, welche die Frauenbezirkskonferenz bestimmen wird. Die Bezirkskonferenz Graslitz, die Sonntag, den 18. September in Graslitz stattfand, sagte folgende Beschlüsse: Dem Parteitag ist ein Antrag zu unterbreiten, für Bildungszwecke einen Extrabeitrag in der Höhe von zwei Kronen pro Jahr und Mitglied einzubehalten. — Zur Wiederbelebung des Parteilebens sind in allen Lokalorganisationen Versammlungen mit einem Tätigkeitsbericht der Abgeordneten abzuhalten. — Als Delegierte zum Parteitag wurden gewählt: Anton Frankl-Graslitz, Johann Baumgartl-Rothau und Marie Hanzl-Graslitz in der am 25. September stattgefundenen Frauenkonferenz.

Parlamentarischer Reichenschaftsbericht im Tropauer Kreise. Die sozialdemokratischen Senatoren und Abgeordneten des Kreisgebietes Troppau erstatteten in den verfloffenen 14 Tagen in einer Reihe Versammlungen Bericht über die parlamentarische Tätigkeit. Abgeordneter Genosse Hans Joll sprach in den Orten: Rohlsdorf, Kungen- dorf, Kottwasser, Schwarzwasser, Weikwasser, Wargdorf, Adelsdorf, Oberlindebiele, Niederlindebiele. Senator Genosse Bink sprach in Weidenau, Friedeberg, Freitalbau, Hohenploh und Plebenitz, Abgeordneter Rudolf Heeger in Oßersdorf, Judmantel, Kemnersdorf, Petersdorf, Weiklitz. Fast alle Versammlungen erfreuten sich eines guten Besuchs. In den Orten Kungen- dorf, Wargdorf, Freitalbau und Adelsdorf hatten sich kommunistische Redner eingefunden, denen von unseren Referenten überall gründlich heimgeleuchtet wurde.

Turnen und Sport.

Die Meisterschaftsspiele im 5. Kreise des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes.

Sonntag, den 25. September, trafen sich in Dux die Bezirksmeister des 5. Kreises zum Kampf um die Kreismeisterschaft in Schlag-, Faust- und Fußball.

Im Schlagball standen sich Aufsig-Lerchenfeld und Kroschwitz gegenüber, nachdem Kroschwitz in der Vorrunde Kosten leicht besiegt hatte. Das Spiel litt unter der Unfähigkeit des Schiedsrichters, der dem flotten Spiel der beiden Mannschaften nicht folgen konnte. Dadurch kamen beide Mannschaften nicht zur Geltung, obwohl sie über ausgezeichnete Spieler verfügen. Resultat 22-26 für Lerchenfeld, welche Kreismeister für 1921-22 sind. Es wäre zu wünschen, daß sich die Arbeiter für das Schlagballspiel, welches in den Anforderungen, die es an die Spieler stellt, und durch spannende Momente alle anderen Spiele übertrifft, mehr interessieren.

Im Faustball fand nach den Vorrunden der Endkampf zwischen Görtau und Bodenbach statt. Scharfes, technisch gutes Spiel. Man sah, daß auch Faustball bei scharfen Gegnern bilschnelles Erfassen und große körperliche Gewandtheit erfordert. Kreismeister wurde Görtau.

Im Fußball schlug Weiskirchly Lerchenfeld 7:3. Zwei alte Rivalen standen da einander gegenüber. Die Ganatiker aber, die da glaubten, daß es bei der bekannten scharfen Spielweise der Gegner „Sensation“ geben würde, wurden gründlich enttäuscht. Wir wünschten, daß alle Spiele der Arbeiterportler sich in solch mustergültiger Form abwickeln würden, wie dieses Spiel. Allerdings war der Schiedsrichter (Emrich-Dresden) ein gestrenger Herr und nahm den Spielern im vorhinein jeden Gedanken an ein „Sichgehenlassen“. Er verdiente sich mit seiner vorzüglichen Arbeit ein Sonderlob. Spielverlauf: Im Anfang spielte Weiskirchly zersöhren, sodas Lerchenfeld durch geschicktes Ausnutzen der Situation zweimal einsenden konnte. Beide Bälle wären zu halten gewesen. Dann folgte Angriff auf Angriff. Lerchenfeld hatte Pech und verschuldete knapp nacheinander zwei „Hart“ im Strafraum. Die hierfür diktierten Elfer brachten Weiskirchly zwei Tore (2:2). Kurz vor der Spielpause drückte Weiskirchly in schön kombinierendem Angriff durch und konnte trotz emsiger Arbeit der Lerchenfelder Verteidigung das dritte Tor durch einen scharfen Schuß buchen. Halbzeit 3:2. — In der zweiten Halbzeit folgten rasch nacheinander scharfe Angriffe Lerchenfelds, sodas die Weiskirchlyer alle Mühe haben, sie knapp vor dem Tore aufzuhalten. Durch diesen Kräfteaufwand wird Lerchenfeld matt und die körperliche Überlegenheit der Weiskirchlyer macht sich geltend. Die folgenden vier Tore für Weiskirchly waren schöne Spielleistungen und wohlverdient. Schönes flaches Spiel mit ruhigem Zuspielen. Der rechte Vertei-

biger Lerchenfelds sorgte dafür, daß das Punkterhältnis nicht größer wurde. Einmal noch raffte sich Lerchenfeld auf und sendet den Ball in die Weiskirchlyer „Kiste“. Hierauf Schluß 7:3 für Weiskirchly, welches damit seine Kreismeisterschaft behauptet. — Das Spiel zeigte, daß man auch ohne „Richten“ und „Schmierern“ guten Sport bringen kann. Das Spiel war ehrenvoll für Sieger und Besiegte.

Am gleichen Tage wurden auch Leichtathletische Wettkämpfe ausgetragen. Die ungewöhnliche Vorbereitung und zu späte Bekanntmachung waren wohl Schuld daran, daß aus der Sache nicht viel wurde. Die besten Rämpen fehlten. Hochsprünge 1.50, Stabhoch 2.75, Weitsprünge 5 Meter usw. sahen wir auf jedem Bezirksturnfest zur Genüge. Nebenfalls war Dux nicht der geeignete Ort, um eine genaue Durchführung zu gewährleisten. Die ganze Arbeit lag ja bei 2-3 Männern. Möge dies dem KreisSpiel-ausschuß, der ja noch herausholte, was möglich war, eine Lehre sein. Die Resultate waren nicht das wahre Bild der Leistungsfähigkeit unserer Arbeiterturner.

D. F. C. Prag gegen A. C. Sparta 0:5 (0:1) Die Mannschaft des D. F. C. war dem Segner in keiner Weise gewachsen. Das Forward kombinierte ungenau, seine Angriffe, denen die nötige Durchschlagskraft fehlte, wurden von dem schwach spielenden Half in keiner Weise unterstützt. Die Spartamannschaft führte ein hochklassiges Spiel vor, wenn auch ihr Forward viel verhofft. Spiel fair; Zuschauer 18.000; Schiedsrichter gut. Anton Hlawa gegen S. R. Slavia 3:1.

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute Donnerstag „Die Weber“, Freitag „Salome“ mit Frau Sanden als Salome, Samstag 10 Uhr nachts „Schöne Ceeelen“, „In Ewigkeit Amen“, „Brautpaar“, Romanobsky als Gast.

Mitteilungen aus dem Publikum.

„Urania“. Polizeirat Jarlaruga-Wien. Zwei Vorträge: Montag, 3. Oktober, 8 Uhr: „Kriminaltelepathie.“ — Dienstag, 4. Oktober: „Heiteres aus der Polizeistube.“ Die Wiener Presse schreibt: „I. hat einen gewandten, sitzenden Vortrag, seine Bilder aus der Polizeistube wirken packend und erregen oft große Heiterkeit.“ Karten 8-3 Kronen täglich in der Urania-Kassette. Mitglieder Ermäßigung.

An unsere Abonnenten.

Der heutigen Nummer liegt ein Erlagschein bei und ersuchen wir, die Bezugsgebühren auf denselben einzahlen zu wollen, damit in der Zustellung keine Unterbrechung eintritt. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die Einzahlung unter demselben Namen erfolgen muß, unter welchem die Bestellung gemacht wurde. Die Bezugsgebühren betragen Ks 16. monatlich und ist stets im Vorhinein zu entrichten. Das Abonnement kann täglich be- ginnen, endet aber stets mit Monatschluß und wir ersuchen, dies bei der Einzahlung zu berücksichtigen.

Vereinsnachrichten.

Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Ortsgruppe Prag, Donnerstag, den 29. September um 8 Uhr abends findet im Restaurant „Goldenes Kreuzel“, Relazanta, die Monatsversammlung statt. Tagesordnung: Das Betriebsbege- seß. Referent Kollege Karl Böwitt aus Tepliz. Gäste willkommen.

Herausgeber: Dr. Ludwig Egech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Vertrauliche allerbeste Bezugsquelle.
Billige Bettfedern vom Gänsezüchter!
1 kg graue Halbbauchschleife- federn Ks 18.—, halbweisse geschlossene Ks 22.— u. 24.—, weisse flaumige Ks 35.—, 40.— und 50.—, Herrschafts-Halb- flaumschleife Ks 70.— u. 80.—, hochfeine Ks 90.—, ungeschl., weisse, feine Ks 62.— u. 80.—, grosse fertige Tuchten, gut gefüllt Ks 160.—, 190.—, und 250.—, Kopfpolster Ks 40.—, 58.— u. 73.—, versendet gegen Nachnahme Wenzel Fremuth, Deschenitz Nr. 145, Böhmischerwald. Nichtpass. tausche um od. Geld zurück. Ausführliche Preisliste gratis. 3

Kleiner Anzeiger
Beamter sucht schönes, möbliertes Zimmer mit elektrischem Licht. Antr. unter „Genosse“ an die Verw. d. Blattes.

Erstklassige Kragenbüglerin
wird per 1. Oktober aufgenommen.
Chemische Reinigung Friedrich Hölischer, Zuzim. 102

Kohle - Koks - Holz
liefern fuhr- und waggonweise
S. L. Reimann Söhne,
Prag II., Václavské nám. 47.
Telephon Nr. 1675 und 4179. 92

Spezialhaus für Spitzen, Stickerei, Tulle Vorhänge
A. R. Amshelberg
Prag, ulice 28. Fijna 1.

Sämtliche Druckaufträge
übernimmt 98
Lidová knihtiskárna A. Němec a spol.
(„Pravo Lidu“)
PRAG II, Hybernská 7. :: Tel. 4999.

Ebermanns
Mundwasser — Zahnpulver das BESTE und BILLIGSTE zur täglichen Zahnpflege. 64
Erhältlich in Apotheken, Droguerien, Parfümerien und Konsumwaren.
Dr. Ebermann, Prag 619-L.

Gastwirtschaft „Lidový dům“
der Genossenschaft „Ganymed“
Prag II., Hybernská 7. 8
Genossen unterstützt das genossensch. Unternehmen! Vorzüglicher Mittagstisch, Abendessen und Getränke, Trinkgelder aufgehoben!

EGGER & Co., PRAG-KARLIN, Královská tř. 14.
FABRIK PHARMAYENTISCHER ZUCKERWAAREN.
Spezialitäten 87
Milch- und Kaffee-Karamellen, 140er Peppermint, Prominzen und englische Frucht-Droppe.
Zu haben in allen Konsumvereinen.